

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: E. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Seindrenner, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die biergespalt. Postzeile oder deren Raum 60 Pfg.
Wergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften.

Ein Beitrag zu dem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine.

Eine der bedenklichsten Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die eingetragenen Vereine ist der § 81 dieses Gesetzes. Nach diesem Paragraphen können Vereine, welche Rechtsfähigkeit erlangt haben, mit ihrem Vermögen für den Schaden haftbar gemacht werden, den ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine in Ausführung der ihm zustehenden Verrichtungen begangene, zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt. Dieser Paragraph findet eine Ergänzung durch den § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach das Vermögen eingetragener Vereine auch haftbar gemacht werden kann für Ersahansprüche des Schadens, den irgend welche von der Gewerkschaft zu besonderen Zwecken bestellte Mitglieder in Ausführung ihres Auftrags verursachen.

Diese Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs haben die Gewerkschaften bisher mit abgehalten, für sich die Rechtsfähigkeit zu erwerben. Man konnte daher erwarten, daß die Regierung in ihrem Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine auf diese Bedenken der Gewerkschaften Rücksicht genommen hätte. Das ist nicht geschehen, denn im § 1 des vorgeschlagenen Gesetzes wird ausdrücklich gesagt, daß auf die eingetragenen Berufsvereine, „soweit sich nicht aus diesem Gesetz ein anderes ergibt, die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über eingetragene Vereine Anwendung“ finden. Und zu diesen Vorschriften gehört auch die des § 81 des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Schadenersatzpflicht der eingetragenen Vereine.

In der dem Gesetzentwurf von der Regierung beigegebenen Begründung wird darauf auch besonders hingewiesen. Es heißt da:

„Man hat darauf hingewiesen, daß die Rechtsfähigkeit auch gewisse Übelstände zur Folge habe. Der Einwand richtet sich namentlich gegen die Vorschrift der Anwendung des § 81 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, wonach der Verein für den Schaden verantwortlich ist, den der Vorstand, ein Mitglied des Vorstandes oder ein anderer verfassungsmäßig berufener Vertreter durch eine zum Schadenersatz verpflichtende Handlung einem Dritten zufügt. Diese Vorschrift ist aber die notwendige Folge der beiden Rechtsgrundsätze, daß der Vorstand die rechtliche Stellung eines Vertreters des Vereins hat, diesen also durch seine Handlungen so berechtigt wie verpflichtet, und sodann, daß jede juristische Person, indem sie die Rechte der natürlichen Person erhält, damit zugleich deren Pflichten übernehmen muß. Es ist ganz ausgeschlossen, daß der Staat einer privatrechtlichen Personemehrheit und ihrer Vertretung das Recht einräumen kann, Dritten ohne Ersatzpflicht einen Schaden zuzufügen, dessen Zufügung einzelne Personen ersatzpflichtig machen würde. Den Berufsvereinen soll die Rechtsfähigkeit, nicht aber eine auf Kosten Dritter privilegierte Rechtsfähigkeit gegeben werden, und wenn von ihnen erwartet wird, daß sie die gesetzlichen Schranken einhalten, die jedermann gezogen sind, so liegt darin gewiß nicht eine unbillige Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit. Muß hieran unbedingt festgehalten werden, so führen die nämlichen Erwägungen der allgemeinen Billigkeit zugleich zu dem Schlusse, daß der von anderer Seite erhobenen Forderung ebenfalls nicht entsprochen werden darf, den Berufsvereinen im Hinblick auf einen möglichen Mißbrauch ihrer wirtschaftlichen Machtstellung eine erweiterte Schadenersatzpflicht aufzuerlegen: der rechtsfähige Berufsverein soll nicht weniger, aber auch nicht mehr haften als jede andere juristische oder physische Person. . .“

Wir können uns der Auffassung, die hier zum Ausdruck kommt, und die eigentümlicherweise den wollen Beifall der „Frankfurter Zeitung“ findet, nicht anschließen. Die Begründung macht sich hier, weil es ihr in den Kram paßt, den bürgerlichen Rechtsgrundsatz zunutze, daß gleiches Recht für alle gelten solle, und sie folgert nun weiter: Wollen die Gewerkschaften die Rechtswohlthaten der juristischen Person, so mögen sie auch die Verpflichtungen und die Verantwortung tragen, die nach dem allgemeinen Recht jede Person zu tragen hat. Denn ein Ausnahmerecht kann es nach der Auffassung des Gesetzgebers für die Gewerkschaften nicht geben.

Daß ein solches Ausnahmerecht im Interesse der Arbeiter und auch im Interesse der Gewerkschaften oft genug erforderlich ist, sollte man in einer Zeit, die das Schlagwort von dem notwendigen Schutz der wirtschaftlich Schwachen geprägt

hat, nicht erst nachzuweisen brauchen. Zeigt doch allein die Tatsache, daß von der Regierung ein besonderes Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in Vorschlag gebracht werden mußte, daß es eine generelle Anwendung des allgemeinen Rechts für die Gewerkschaften nicht geben kann.

Um wenigstens können die Gewerkschaften die Zulässigkeit einer Schadenersatzpflicht anerkennen in einer Gesellschaft, die, wenn es sich um Arbeiter handelt, in der Praxis ein gleiches Recht vor dem Gesetz nicht kennt, die im Gegenteil zum Schaden des Arbeiters ihm immer wieder praktisch vor-demonstriert, daß „wenn zwei dasselbe tun, es doch nicht dasselbe ist“.

Denn obwohl wir unter dem gleichen Recht stehen wie die Unternehmer und ihre Organisationen, konnten wir bisher unsere Interessen doch niemals mit den gleichen Mitteln und mit der gleichen Entschiedenheit wahrnehmen, wie jene es taten, ohne von den bürgerlichen Gerichten verfolgt und mit harten Strafen belegt zu werden. Die Unternehmer konnten sich der schlimmsten Vergehen im Sinne des § 153 der Gewerbeordnung oder der §§ 185, 186 oder 240 des Strafgesetzbuches schuldig machen, ohne daß der Richter auch nur in Funktion trat, während die Arbeiter wegen derselben Handlungen aufs schwerste bestraft wurden. Jeder Arbeiter weiß doch heutzutage, in den Zeiten des Zucht-hausstrafes, daß ein gleiches Recht für ihn nicht existiert, daß im Gegenteil alles, was mit der Arbeiterbewegung irgendwie in Berührung steht, in seinen Rechten sehr nachteiligt wird.

Unsere Richter sind eben auch nur Kinder ihrer Zeit, und sie wurzeln mit ihrem ganzen Interesse in jener bürgerlichen Gesellschaft, die nach ihrer Auffassung von der Arbeiterbewegung in ihrem Bestand erschüttert wird. Und so wird wie von selbst jeder Anhänger dieser Bewegung von dem Richter als Gegner behandelt. Diese Auffassung, wie sie in den Strafprozessen gegen die Gewerkschaften von dem deutschen Richterstand fast allgemein vertreten worden ist, würde naturgemäß auch in Zivilprozessen der Unternehmer gegen Arbeiterführer zum Durchbruch kommen, zum Schaden der Gewerkschaften, die dadurch an ihrer empfindlichsten Stelle, am Geldbeutel, getroffen werden würden.

Man wende dagegen nicht ein, daß unsere Zivilrechtssprechung sich bisher in den Bahnen größerer Objektivität bewegt habe, und daß die Gewerkschaften kein Recht hätten, sich einer Rechtsverpflichtung in Rücksicht auf die uns feindlichen Auffassungen des Richterstandes zu entziehen. Einmal sind die bürgerlichen Gerichte mit Zivilprozessen der Gewerkschaften nur wenig befaßt worden — wohl hauptsächlich infolge der ungenügenden Rechtsprechung der Gewerkschaften — so daß sich noch keine Gelegenheit fand zur Herausbildung einer tendenziösen Rechtsprechung der Ziviljustiz gegen die Gewerkschaften. Dazu wird erst das neue Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, sofern die Gewerkschaften sich ihm unterstellen, die nötige Handhabe bieten. Und wir zweifeln bei dem Charakter unserer heutigen Rechtsprechung keinen Augenblick daran, daß die deutschen Gerichte in ihrer großen Hauptsache auch in Zivilprozessen gegen die Gewerkschaften im Sinne der berückichtigten Zuchthausurteile urteilen, das heißt die Handlungen der Unternehmer stets milder beurteilen werden als die der Gewerkschaften.

Und dann hat es mit den richterlichen Auffassungen so feinen Gaten, sie wandeln sich, und zwar zumeist zum Schaden der Arbeiterschaft. Nirgends ist es deutlicher bewiesen worden als in England, wo die Arbeiterschaft zurzeit ebenfalls einen erbitterten Kampf gegen die Rechtsprechung und gegen die Gesetzgebung führen muß, ein Kampf, der sich ausschließlich um die Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften dreht.

In England war unter dem geltenden Gewerkschaftsrecht von den Gerichten bis vor einigen Jahren eine Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften nicht anerkannt worden. Die Gewerkschaften kamen zu großer Blüte, Grund genug für die herrschenden Klassen, ihre Rechte zu beschneiden. Und es fanden sich Richter, die für unzulässig erklärten, was jahrzehntelang unter Sanktion derselben Gerichte von den Gewerkschaften getan worden war. Es kam zu den großen Schadenersatzprozessen, durch die die englischen Gewerkschaften in ihrer Existenz direkt bedroht wurden. Also richterliche Auffassungen sind sehr wandelbar, und wir sollten auf unseren Richterstand niemals Hoffnungen aufbauen.

Deshalb kann man uns die Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften unter Hinweis auf die Treu- und Ehrenpflicht, die wir den Unternehmern gegenüber ohnedies haben, auf das „starke Macht- und Zuchtmittel“, das der Vorstand dadurch gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern in die Hand bekommt, nicht schmachhaft machen. Wir tragen gern die

Pflichten, die sich aus unseren Handlungen ergeben, und werden niemals bewußt einem Gegner unrecht tun, wir lehnen es aber ab, unsere Handlungen ohne Not einer Rechtsprechung zu unterstellen, für die ausgeprochenermaßen zweierlei Recht gilt.

Übrigens beweist das englische Beispiel, daß die Gesetzgebung sehr wohl zum Vorteil der Gewerkschaften auch ein Ausnahmerecht schaffen kann, wenn sie will. Dort hat nach einer machtvoll einsetzenden Bewegung der Gewerkschaften das Unterhaus eine Gewerkschaftsvorlage durch drei Lesungen beraten, die unter anderem besagt, daß keine gerichtliche Klage statthaft sein soll gegen irgend einen gewerblichen Verband von Arbeitern oder von Arbeitgebern oder irgend welche Vorstandsmitglieder oder sonstige Mitglieder eines solchen Verbandes wegen irgend welcher schädigender Handlungen, welche durch den Verband oder im Auftrage desselben begangen sind. Weshalb soll das, was das englische Parlament hier mit erdrückender Mehrheit votiert hat, in dem Deutschland der Sozialreform nicht möglich sein? Die Zustimmung der bürgerlichen Parteien in England zu den Forderungen der Gewerkschaften beweist die Möglichkeit und Billigkeit dieser Forderungen. Wenn die bürgerlichen Parteien in Deutschland nicht anerkennen wollen, daß eine Gewerkschaft irgend welche Verpflichtungen aus § 81 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht eingehen kann, so beweisen sie damit nur, daß sie entweder das Wesen der Gewerkschaften wie unserer Rechtsprechung nicht kennen, oder daß sie eine direkte Schädigung der Gewerkschaften beabsichtigen. Jedenfalls müssen wir ein Gesetz ablehnen, das uns mehr noch als heute es der Fall ist, von einer deutschen Rechtsprechung abhängig macht.

Positive und negative Erfolge der deutschen Sozialfürsorgegesetzgebung.

gh. Je klarer sich die Notwendigkeit zeigt, daß die Arbeiterversicherung einer neuen Reform unterzogen wird, desto eifriger arbeiten unsere Gegner daran, Stimmung für eine Reform in ihrem Sinne zu machen. Demgegenüber ist es die Pflicht der Arbeiterpresse, ihre Leser darüber immer wieder aufzuklären, wo in Wahrheit die Fehler unserer Arbeiterversicherung liegen. Dies ist der Grund, weshalb wir uns mit einem Artikel, den das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ unter der vorstehenden Überschrift in einer seiner letzten Nummern gebracht hat, etwas eingehender beschäftigen müssen.

Der Artikel führt uns als die „positiven Erfolge“ der Arbeiterversicherung die vielen Millionen Mark vor Augen, welche die Arbeiterversicherung im Laufe der Jahre für die Kranken, die Verunglückten, die alten und invaliden Arbeiter auszahlte. Einen negativen Erfolg der Arbeiterversicherung erblickt der Verfasser des Artikels, ein Dr. P. H., darin, daß „eine derartig vorzügliche Gesetzgebung“ ganz und gar nicht ihr „ideales Endziel“ erreicht habe: „Sie sollte Zufriedenheit stiften, zog aber Begehrlichkeit groß und wurde zum Kampfmittel für die Sozialdemokratie.“

In Wahrheit ist es mit dieser „vorzüglichen Gesetzgebung“ etwas anders bestellt. Die großen Zahlen beweisen gar nichts. Entscheidend ist vielmehr, wie viel der einzelne Kranke, verunglückte, alte oder invalide Arbeiter durch die Arbeiterversicherung erhält. Nun ist es eine bekannte Tatsache, daß die Invaliden- und Altersrenten ganz ungenügend sind, und demgemäß diejenigen Reichsrentner, die nicht noch einen Zuschuß von anderer Seite erhalten, der Armenverwaltung anheimfallen. Auch von den Unfallrenten bleibt ein erheblicher Teil hinter dem wirklichen Schaden, den die Arbeiter durch den Unfall erlitten haben, zurück. Dazu kommt, daß nur zu oft die Arbeiterversicherung ganz versagt, so daß die Arbeiter in ihrer Not mit dem Anspruch auf eine Rente abgewiesen werden. Aus diesen Gründen ist das Spiel mit den großen Zahlen nichts als eine Komödie für diejenigen Leute, die von den tatsächlichen Verhältnissen nichts wissen oder nichts wissen wollen. Es steht vielmehr fest, daß die Leistungen der Arbeiterversicherung ungenügend sind, daß sie nicht dem Rechte der Arbeiter auf eine solche Rente entsprechen, die sie in der Zeit der Erwerbsunfähigkeit vor der Verschlechterung ihrer Lebenshaltung schützt. Dieses Recht haben die Arbeiter, weil sie ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der gemeinsamen Arbeit stellen müssen und deshalb auch den Anteil an dem Ertrag der gemeinsamen Arbeit verlangen können, den sie zu einer unserer Kultur entsprechenden Lebensführung brauchen. Wie weit bleiben die Leistungen der Arbeiterversicherung hinter diesem idealen Endziel zurück!

Die ungenügenden Leistungen der Arbeiterversicherung müssen naturgemäß die Arbeiter immer wieder von neuem anspornen, ihre gewerkschaftlichen und politischen Organisationen weiter auszubauen, um die nötigen Verbesserungen zu erwirken. Der gelehrte Herr Dr. P. H. aber macht für die „Stärkung der Unsturzpartei“ einen anderen Umstand verantwortlich, nämlich den, daß die Arbeiter ihre Krankenkassen — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — selbst verwalten. Dies diene nicht „dem Rechte, sondern der Gewalt, der Vergewaltigung“.

„Für die Bildung jeder Entscheidungsinstanz gilt,“ so schreibt der Herr Doktor weiter, „als primitivster Grundsatz gleiche Stärke der Parteien. Was nützt eine Vertretung der Arbeitgeber in den Institutionen der Krankenversicherung, wenn sie von vornherein und ohne weiteres gegenüber der doppelten Zahl der Arbeitnehmer zur Ohnmacht verurteilt sind?“

Auffallend ist an dieser edlen, sittlichen Entrüstung in erster Linie, daß der Herr Doktor „die Gewalt, die Vergewaltigung“ nur in den Krankenkassen, nicht aber in den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung sieht. Und doch ist in den letzteren noch viel weniger der „primitivste Grundsatz“ von der gleichen Stärke der Parteien beachtet. Denn dort hat die eine Partei nicht nur die doppelte Zahl der Vertreter als die andere, sondern sie herrscht ganz unbeschränkt; die andere Partei ist in bezug auf die Verwaltung völlig rechtslos. Freilich sind dort die Arbeiter die Rechtslosen und die Unternehmer die unbeschränkten Herren. Demnach hat der Herr Doktor gegen die Rechtslosigkeit der Arbeiter nichts einzuwenden; seine edle, sittliche Entrüstung erwacht nur dann, wenn die Vorrechte der Unternehmer angefaßt werden.

Noch wichtiger aber ist es, daß es sich bei der Arbeiterversicherung um die Verwendung der Mittel handelt, welche die Arbeiter ihrer eigenen Arbeit verdanken, um einen Teil ihres Arbeitslohnes also. — Hierüber haben die Arbeiter allein ihr Verfügungsrecht zu beanspruchen, genau so wie die Unternehmer es als ihr selbstverständliches Recht ansehen, daß sie allein über ihr Einkommen verfügen. Deshalb ist es eine durch nichts zu rechtfertigende Unmaßnahme, wenn die Unternehmer bei der Verwaltung der Arbeiterversicherung den Arbeitern das entscheidende Wort streitig machen.

Auch die Praxis hat diese Auffassung als die einzig richtige erwiesen. Sowohl die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Berufsgenossenschaften als auch die Beamtenwirtschaft in den Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung haben geradezu unerträgliche Mißstände ergeben. Die Klagen darüber, daß die Berufsgenossenschaften und die Landesversicherungsanstalten nicht genügend Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Arbeiter nehmen, werden immer häufiger erhoben. Dagegen hat sich die Selbstverwaltung der Arbeiter in ihren Krankenkassen durchaus gut bewährt. Die Mängel, welche sich in diesem Zweige der Arbeiterversicherung bemerkbar machen, können von den Arbeitern selbst auf Grund ihrer eigenen Erfahrung im Laufe der Zeit beseitigt werden.

Bezeichnend hierfür ist es, daß selbst der so überaus dienstfertige Dr. P. H. keinen anderen Vorwurf gegen die Selbstverwaltung der Arbeiter vorbringen kann als den, daß zu Krankenkassenbeamten auch — Sozialdemokraten gewählt werden, die (selbstverständlich außerhalb ihres Dienstes) ihre Parteipflicht erfüllen und für ihre Überzeugung agitieren. Daß in den Berufsgenossenschaften die Unternehmer sich solche Beamte aussuchen, die auch in der Politik für die Interessen ihrer „Brotgeber“ eintreten und sich an der Agitation für die arbeitgeberfeindlichen Parteien beteiligen; darüber hält sich der Herr Doktor nicht im mindesten auf. Das ist offenbar nach seiner Meinung ganz selbstverständlich. Machen aber die Arbeiter dort, wo sie die Verwaltung in ihrer Hand haben, von demselben Rechte Gebrauch, dann soll ihnen das als ein furchtbares Verbrechen angekreidet werden. Nach diesen Leuten soll das „ideale Endziel“ ihrer „Sozialfürsorge“ nichts weniger sein als die völlige Knebelung der Arbeiter. Die Leistungen der Arbeiterversicherung werden von ihnen als „Wohltat“ hingestellt, für die sich die Arbeiter um so williger der herrschenden Ausbeutungswirtschaft fügen und auf den weiteren Kampf um die Verbesserung ihrer Lage verzichten sollen. Da aber die Arbeiter für diese schöne Logik kein Verständnis haben, da sie nach wie vor für ihre gutes Recht eintreten, und ihre gewerkschaftliche und politische Bewegung mehr und mehr erstarkt, daher das Gefammere jener Herren Doktoren über die „negativen Erfolge“ der Arbeiterversicherung, daher die sittliche Entrüstung unserer Gegner, daher ihr Bestreben, die Arbeiterversicherung möglichst zu verschlechtern.

Die aufgeklärten Arbeiter aber dürfen sich weder durch arbeitgeberfeindliche noch durch arbeitfreundliche, weder durch gelehrte noch durch ungelehrte Redensarten unserer Gegner an der Erkenntnis irre machen lassen, daß ihnen durch die Arbeiterversicherung nicht Wohltaten erwiesen werden, sondern nur — wenn auch in ungenügendem Maße — ihr gutes Recht zugestanden ist. Die Anerkennung dieses Rechtes durch die Gesetzgebung ist der wichtigste „positive Erfolg“ der Arbeiterversicherungsgesetzgebung, ihre „negativen Erfolge“ sind die viel zu geringen Sätze der Renten, das Versagen der Versicherung in so vielen Fällen und endlich die Vorenthaltung der vollen Selbstverwaltung der Arbeiter. Daher muß es unser Bestreben sein, in immer weitere Kreise der Arbeiter die nötige Aufklärung über die „positiven und negativen Erfolge“ der Arbeiterversicherung zu tragen, damit recht bald eine Verbesserung der Arbeiterversicherung im Interesse der Arbeiterschaft durchgeführt werden kann.

Christliches Allerlei.

n. Mit welchen Hoffnungen, Erwartungen und Verheißungen ist nicht die christliche Gewerkschaftsbewegung ins Leben gerufen worden. Sie sollte der sozialdemokratischen Bewegung Einhalt tun und alles, was von der Arbeiterschaft noch nicht der roten Fahne verfallen war, unter das christliche, patriotisch gefärbte Banner sammeln. Die Regierung gedachte man zu sozialpolitischen Maßnahmen zu nötigen, wenn sich ihr eine in christlich-nationalen Sinne erzogene Arbeiterschaft zur Verfügung stelle; und das Unternehmertum werde sich nicht minder bereit zeigen, einer Arbeiterschaft, die der sozialen Versöhnung zustrebe, zu ihrem Rechte zu verhelfen. So hoffte, so erwartete, so gelobte man. Aber es ist alles anders, ganz anders gekommen. Mit Mühe haben die christlichen Gewerkschaften um ihre Existenz und jeden Fußbreit Weges zu kämpfen; der Sozialdemokratie haben sie eher vorgearbeitet, als entgegengewirkt: die Regierung pfeift auf die Wünsche der christlichen Arbeiterschaft, und die Unternehmer bieten gegenüber der christlichen Gewerkschaftsbewegung — trotz aller „guten Gesinnung“ — genau dasselbe Maß von Brutalität auf, wie jeder anderen Organisation gegenüber, die Forderungen an den Geldbeutel der Kapitalisten stellt.

Vor uns liegen zwei Nummern der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“, des bekannten München-Glabbacher Organes „für die Interessen der arbeitenden Stände“. Die Nummer 44 vom 3. November enthält einen Artikel über die christliche Arbeiterbewegung am Niederrhein. Darin heißt es:

„Wenn irgendwo, dann hat am Niederrhein die christliche Arbeiterbewegung bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden. Hier findet sich in Arbeiterkreisen noch wenig soziales Verständnis vor. Man sucht hartnäckig alte „patriarchalische Verhältnisse“ im schlimmen Sinne des Wortes aufrecht zu erhalten. Hier findet sich eine Arbeiterschaft, welche allem Neuen mißtrauisch gegenübersteht, etwas viel von dem Phlegma und der Gleichgültigkeit ihrer holländischen Nachbarn übernommen hat. Infolgedessen bedarf es überall anstrengender, ausdauernder Arbeit, um die christliche Gewerkschaftsbewegung einzuführen und zu erhalten. Doch ist es in den letzten Jahren und nicht zum wenigsten dank der Einführung der konfessionellen Arbeitervereine besser geworden, auf die Dauer werden gute Erfolge nicht ausbleiben.“

Es werden nun einzelne Orte aufgeführt, in denen die christliche Gewerkschaftsbewegung Fuß gefaßt hat — allerdings überall erst in der letzten Zeit, dazu nur erst in geringen Anfängen und unter steter Bedrohung der Existenz. In andern Orten sind die christlichen Gewerkschaften „nur teilweise“, in wiederum anderen, meist größeren Orten, „noch gar nicht“ eingedrungen. „Hier gibt es“, so meint das München-Glabbacher Blatt, „noch viele Aufklärungsarbeit zu leisten.“ Die Orte, die hier genannt werden, liegen in den drei Reichstagswahlkreisen Mönchs-Rees, Kleve-Geldern und Kempen, die alle drei im Reichstagswahlkreis wie im Landtage durch Zentrumsabgeordnete vertreten sind. Die Sozialdemokratie macht sich hier noch kaum bemerkbar; sie erhielt in den drei Kreisen bei der letzten Reichstagswahl rund 5000 Stimmen, gegen 42000 des Zentrums. Also eine fromme und fast sozialistenreine Gegend, die demnach ein Paradies, eine Hochburg der christlichen Gewerkschaftsbewegung sein müßte. Aber wie der Artikel der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ beweist, ist das gerade Gegenteil der Fall.

In derselben Nummer des München-Glabbacher Blattes findet sich ein Aufsatz über Gronau, eine Stadt im frommen Münsterlande, Reichstagswahlkreis Tecklenburg-Steinfurt-Nhaus, 22000 Stimmen für das Zentrum und 980 für die Sozialdemokratie. In dem Artikel wird Bezug genommen auf den Bericht der Gronauer Gemeindeverwaltung, worin es heißt:

„Auch im Baugewerbe war eine lebhaftige Tätigkeit zu verzeichnen. Wie es kommt, daß unsere Bauunternehmer trotzdem nicht auf einen grünen Zweig kommen, ist unerfindlich. Wahrscheinlich ist vielfach daran das Arbeitermaterial und die Lohnreiberei schuld. Dies hindert aber nicht, daß trotzdem die christlich-soziale Gewerkschaft hier einsetzte. . . . Nach und nach geriet es, auch die Ortsgruppe des christlich-sozialen Textilarbeiterverbandes zu gründen, und traten demselben 290 Mitglieder, darunter 90 Evangelische bei. Die Ortsgruppe ist unter dem Vorgeben gegründet, eine Gegenwehr gegen die sozialdemokratischen Bestrebungen einzurichten. Sozialdemokratische Bestrebungen sind aber seit Jahren in deutlich erkennbarem Maße nicht mehr hervorgetreten, auch lebten unsere Arbeiter mit ihren Arbeitgebern im schönsten Einvernehmen. Dies ist nach den Äußerungen der letzteren nunmehr gefährdet. . . . Hier in Gronau liegt die Gefahr nahe, daß die gesamte Ortsgruppe christlich-sozialer Textilarbeiter demnächst mit fliegenden Fahnen ins sozialdemokratische Lager übergeht. Der Grund zur Unzufriedenheit ist gefaßt und treibt schon kräftige Schöße.“

Also auch im frommen Westfalenlande, genau wie am frommen Niederrhein, mitten in der schwärzesten Zentrumsgegend, die der Agrarier Gerold im Reichstage vertritt: überall Ablehnung der christlichen Gewerkschaften, durch das christliche Unternehmertum wie durch die christlichen Stadtverwaltungen. Man kann geradezu den Satz aufstellen: wo die Leute am frommsten, da geht es den christlichen Gewerkschaften am schlechtesten, und wie es scheint, führen

sie den Namen „Christlich“ deshalb, weil sie von den Vertretern des „Christentums“ am heftigsten bekämpft werden.

In Nr. 46 der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht ein christlicher Arbeiter seine Haushaltsrechnung vom letzten Jahre. Der Mann ist beschäftigt auf der Schiffbauwerft in Danzig; er verdiente vom 1. Oktober 1905 bis 1. Oktober 1906 bei einer täglichen Arbeitszeit von zehn Stunden im Sommer- und neun Stunden im Winterhalbjahr im Allford 1006,10 Mk. Hiervon kamen in Abzug für Kranken- und Invalidenversicherung 18,94 Mk., an Strafen 1,25 Mk., bleibt ein Reineinkommen von 985,91 Mk. Die Familie des Arbeiters besteht aus fünf Köpfen: Mann, Frau und drei Kindern im Alter von 4, 2 1/2 und 1 Jahr. Nach dem in der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ genau angeführten Nachweis betrugen die Ausgaben des Mannes 1125,40 Mk., so daß sich also ein Defizit von 139,49 Mk. ergibt. Das Blatt meint dazu: „Wie will der Mann nun mit seiner Frau im laufenden Jahr auskommen? Er kann doch nicht jedes Jahr 140 Mk. Schulden machen. Er muß also noch schlechter leben und das Fleisch auf ein halbes Pfund pro Sonn- und Feiertag reduzieren; er spart dann 120 Mk. pro Jahr. Es bleiben aber dann noch immer rund 20 Mk. Unterbilanz im Jahr; folglich darf er auch nicht einmal an Sonn- und Feiertagen mehr ein Stückchen Fleisch essen.“

In derselben Nummer des M.-Glabbacher Blattes trägt in einer längeren Zuschrift ein christlicher Landarbeiter seine Not. Der Mann ist Viehwärter (Schweizer) auf einem Gute in der Nähe von Köln. Die Gründe der Leutenot sucht der Schreiber erstens in der schlechten Bezahlung, dann in der Rechtslosigkeit der Landarbeiter. Wenn die Eltern vom Lande ihre Kinder nicht mehr in häuerliche Dienste geben, so liege das „weniger an dem Lohne, als vielmehr an der schlechten Kost und an den noch schlechteren, höchst ungesunden Schlafstellen in der am leichtesten zu entbehrenden Ecke des dunklen, nassen Stalles, die den Knechten auf den Bauernhöfen gegeben werden. Hierzu kommt noch, daß dieselben überall da, wo nicht ein anderer Stallknecht ist, das Füttern und Pflegen der Pferde besorgen müssen, was bekanntlich vor und nach der gewöhnlichen Arbeitszeit geschieht. Dieses bedeutet auch für die unter 16 Jahren einen Arbeitstag von 14 bis 15 Stunden.“

Weiter heißt es in der Zuschrift: „In keinem anderen Erwerbszweig gibt es heute noch Arbeiter, die gar keinen Ruhetag haben, wohl aber in der Landwirtschaft, und das sind die Stallknechte und die Viehwärter oder Schweizer. Während die ersteren an Sonntagen doch wenigstens in jenen Stunden, wenn auch nicht frei, so doch Ruhe haben, in denen sie wochentags Feldarbeit verrichten, haben letztere an Sonn- und Feiertagen genau dieselben schweren Arbeiten zu verrichten wie auch in der Woche. Selbst die heiligsten Tage des Jahres machen hier keine Ausnahme. Auf den allermeisten Gütern ist es den Schweizern nicht einmal möglich, des Sonntags in die Kirche zu gehen.“

Chemals nannten es die Geistlichen, wenn die sozialdemokratische oder gewerkschaftliche Presse solche Beiträge zur Glendstatistik brachte, „Verhehung“, „Aufreizung“. Davon hört man nichts mehr, seit auch dem blödesten Arbeiter sein Glend und seine Rechtslosigkeit zum Bewußtsein gekommen sind; jetzt beteiligen sich auch die Blätter und Redner der „Christlichen“ an der „Verhehung“ und „Aufreizung“. Für diese Mitarbeit könnte man ihnen dankbar sein, wenn sie die Sache bis zu Ende führten und die Arbeiter nicht nur ihr Glend, sondern auch dessen Ursachen kennen lehrten. Aber daran hindert sie ihre politische Abhängigkeit im Dienste einer Partei, die an der Erhaltung des Glends und der Rechtslosigkeit der Arbeiter hervorragend beteiligt ist.

Der Rotzweiser des christlichen Werstarbeiters in Danzig und der des christlichen Landarbeiters aus der Gegend von Köln — sie sind eine Anklage wider das Zentrum, das dem Volke Brot und Fleisch verteuert, das die Arbeiter mit sozialpolitischen Brocken abspießt und wirksame Maßnahmen hintertreibt, das die Masse in Rechtslosigkeit erhält, weil es als eine Partei, in der die Besitzenden gebieten, an der Entrechtung, Ausbeutung und Unterdrückung der Masse ein Interesse hat.

Und der Widerstand, den Unternehmer und Behörden der christlichen Gewerkschaftsbewegung entgegensehen, ist die Widerlegung des vom Zentrum betriebenen Schwindels, daß mit guter „christlich-nationaler“ Gesinnung die Arbeiter auf Erfüllung ihrer Forderungen zu rechnen hätten.

In der Entschiedenheit, in der Einigkeit und Selbständigkeit liegt das Heil der Arbeiterklasse, nur ein Betrüger ist derjenige, der die Arbeiter zur Verfehlung gegenüber dem Kapitalismus und zur Anhänglichkeit an die bürgerlichen Parteien erziehen will.

Bericht der Südwestdeutschen Holzberufsgenossenschaft pro 1905.

□ Herr Kommerzienrat Faber-Stuttgart geruhte seinen Bericht über die Tätigkeit obiger Berufsgenossenschaft herauszugeben. Viel Kopfschmerzen machte ihm dieser einfache und inhaltsarme Bericht wahrlich nicht. Und was ließe sich über die Tätigkeit einer solch verzweigten Berufsgenossenschaft alles sagen!

Es betrug am Ende des Jahres 1905 die Betriebe und die beschäftigte Arbeiterzahl in der Genossenschaft:

9040 Betriebe mit 45268 Arbeitern gegen vorjährige . . . 8777 " = 42972 " so daß ein Zugang von 263 Betrieben mit 2296 Arbeitern erscheint. Motorfabrikbetriebe wurden 4140 gezählt, welche 38213 Arbeiter beschäftigten, während in 4900 Handbetrieben nur 7055 Arbeiter tätig sind, und zwar:

Table with 4 columns: Sektion, Fabrikbetriebe (Betriebe, Arbeiter), Handbetriebe (Betriebe, Arbeiter). Rows for Sektion I-IV and Zusammen.

191 Unternehmer hatten sich freiwillig versichert. Die größte Zahl der versicherten Holzarbeiter hat also Württemberg mit 17228, ihm folgt Baden mit 13374, Hessen mit 8730 und Elsaß-Lothringen mit 5936 Arbeitern. Wenn auch der Bericht den Durchschnittslohn der Versicherten verschweigt, so gewinnt man aus der Lohnsumme folgende Berechnung:

Table with 2 columns: Sektion, Jahreslohn pro Kopf der Versicherten. Rows for Sektion I-IV.

In den Jahren 1893, 1894 und 1902 ist der Durchschnittslohn gegen die Vorjahre gesunken. Seit 1903 ist in allen Sektionen ein langsames Aufsteigen der Löhne zu konstatieren.

Gemeinlich wurden im Berichtsjahr 2085 Unfälle gegen 1901 im Vorjahr. Auf 1000 Vollarbeiter entfallen somit 46,06 Verletzte. Über diesem Durchschnitt steht Baden mit 52,26 Unfällen, unter dem Durchschnitt Hessen mit 41,23. Es wurden 748 Verletzte entschädigt. Hiervon waren 729 Erwachsene männlichen Geschlechtes, 3 weiblichen Geschlechtes sowie 16 Jugendliche. 463 der entschädigten Unfälle ereigneten sich allein an Motoren, Arbeitsmaschinen usw., 8 an Dampfesseln usw., 27 durch Zusammenstoß, 59 durch Fall von Leitern, Treppen usw., 107 beim Auf- und Abladen, 30 durch Fuhrwerk, 3 durch Tiere, 28 durch Handwerkzeuge, 28 durch sonstige Ursachen.

Die Folgen der Verletzungen waren in 20 Fällen Tod, 554 Fällen teilweise und in 174 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Bösartige Erwerbsunfähigkeit kennt die Berufsgenossenschaft nicht. Entweder tot oder „arbeitsfähig“!! Die meisten Unfälle ereigneten sich wieder in den Sägewerken mit 567 Unfällen, dann folgen die Möbelfabriken mit 332, die Bauwerkereien mit 190, mechanische Schmelzereien mit 173, Holzwarenfabriken mit 108 Fällen usw.

Im Jahre 1905 wurden entschädigt 3079 Verletzte, 108 Witwen Getöteter und 188 Kinder derselben. 56 Inländer wurden mit „Kapital“ abgefunden und erhielten zirka 400 M. pro Fall.

Um den Bericht „interessanter“ zu gestalten, druckt der Vorstand der Berufsgenossenschaft § 18 und § 34 des Gewerbeunfallgesetzes über die Berechnung des Reservefonds ab und füllt so mühelos die Seiten.

Dagegen fehlt jeder Nachweis über den Ausgang der Berufungen gegen die Bescheide der Berufsgenossenschaft. Nur über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes wird berichtet. Wir erfahren daraus, daß von den Rekursen der Verletzten 20 zurückgewiesen und 2 anerkannt wurden, während von den Rekursen der Berufsgenossenschaft nur 2 zurückgewiesen und 15 anerkannt wurden.

Nur wenige Zeilen hat man für Titel 12: „Unfallverhütung“ übrig. Wir erfahren wohl, daß die technischen Aufsichtsbeamten Revisionen vorgenommen haben, 1658 Betriebe aufgesucht haben; — worüber Einzel- und Jahresberichte erstattet worden sind“.

Das ist alles. Das Resultat der Revision bleibt eben Geheimnis des Genossenschaftsvorstandes. Jedenfalls ist da vieles zu verbergen. Daher die Vorsicht!

Soziales.

„Churfürstliche Dankbarkeit.“

Die „christlich-nationale“ Arbeiterschaft hat das Bedürfnis gehabt, sich anlässlich des Jubiläums der kaiserlichen Botschaft wichtig zu machen. Im Zirkus Busch in Berlin, der Stätte, an welcher alljährlich die frohdachstündenden Junter aus den ostelbischen Gefilden zusammen kommen, um als unverwundete Bettler nach Liebesgaben aus den Taschen des arbeitenden Volkes zu schreien, hatte sie eine Versammlung einberufen, zu welcher auch der Graf Posadowsky erschienen war. Der Staatssekretär des Innern, der nie Zeit hat, einen Vertreter zu schicken, wenn wirkliche Arbeiter zur Besprechung wichtiger Fragen zusammen kommen, ist selbst im Zirkus Busch erschienen, ein Beweis dafür, daß hier ein harmloses Volk tagte, von dem nicht zu befürchten ist, daß es der Regierung unangenehm werden könnte. Fünftausend Arbeiter sollen zusammen gekommen sein, um den Neben Adolf Stöckers und Adolf Wagners zu lauschen. Die Zeit, in welcher diese beiden Männer hoffen konnten, eine christlichsoziale, kaiserfreie Arbeiterbewegung in Berlin ins Leben zu rufen, ist längst dahin, heute besitzen diese beiden Namen nicht die geringste Anziehungskraft auf die Berliner Arbeiter, und unter den 5000 Versammlungsbesuchern dürfte sich ein sehr erheblicher Teil von Deuten

befunden haben, die es sich außerhalb der Versammlung entschieden verbitten würden, als Arbeiter bezeichnet zu werden.

Auf die bei der Veranstaltung gefallenen Reden einzugehen, können wir uns sparen; daß der deutschen Sozialpolitik ein sehr hohes Loblied gesungen wurde, ist selbstverständlich. Erwähnenswert ist nur, daß auch der Zentrumsabgeordnete Giesberts eine Rede hielt, in welcher er besonders auf die Mängel der sozialpolitischen Gesetzgebung hinwies, aber auch anerkennende Worte für den Gesetzentwurf betreffend der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine fand. Der Hauptzweck der Versammlung war, sich nach oben in empfehlende Erinnerung zu bringen. Deshalb wurde auch Wilhelm II. antelegraphiert und ihm der Dank der Versammlung dafür ausgesprochen, daß er in einem neuen Erlass den Willen Ausdruck gab, die Sozialreform auf christlicher Grundlage fortzuführen.

Dieser kaiserliche Erlass, der aus Donaueschingen datiert ist, wo sich der Kaiser auf seinen Reisen am 17. November zufällig aufhielt, spricht davon, daß das deutsche Volk in ehrfurchtsvoller Dankbarkeit dieses Friedenswerkes gedenkt, durch welches Wilhelm I. zum Schutze der wirtschaftlich Schwachen der Gesetzgebung neue Bahnen wies. Diese Annahme trifft vielleicht auf die im Zirkus Busch Versammelten zu, das war jedoch keine Vertretung des deutschen Volkes und keine Vertretung der deutschen Arbeiter, sondern bestenfalls eines kleinen Bruchteils der Arbeiter. Die deutsche Arbeiterschaft denkt über die Kaiserbotschaft vom Jahre 1881 und die daran anschließende Gesetzgebung viel nüchterner, als der Kaiser anscheinend annimmt; und wenn in dem neuen Erlass versprochen wird, daß die Gesetzgebung auf dem Gebiete der sozialpolitischen Fürsorge nicht ruhen soll, dann kann dieses Versprechen die deutschen Arbeiter nicht zu Ausbrüchen der Begeisterung hinreißend. Das Wort von der vollen Kompositivschlüssel ist noch nicht vergessen; es ist zwar bestritten worden, daß es gefallen sei, aber darauf kommt es wirklich nicht an, der sozialpolitische Kurs, den das Reichsschiff zurzeit steuert, befindet sich in vollkommener Übereinstimmung mit dem angeblich nicht gefallenen Kaiserwort. Wenn die Arbeiterschaft statt soziale Worte soziale Taten sehen will, dann muß sie ihrem Willen in anderer Weise Ausdruck geben als durch loyale Hochrufe und durch Danktelegramme.

Aus dem Reichstag. Der Reichstag ist am 18. November wieder zusammengetreten und hat sehr bald Gelegenheit genommen, dem Volk zu zeigen, daß immer noch eine Mehrheit das Geste in Händen hat, die strupplos auf das Recht pfeift und Anstand und Würde mit Füßen tritt, wenn es gilt einen Gewinn für die Ausbeuter zu erzielen.

Nachdem die erste Sitzung nach den Ferien wie üblich mit der Erledigung minder wichtiger Petitionen ausgefüllt war, sollte am 14. November ein sogenannter „Großer Tag“ stattfinden. Auf der Tagesordnung stand eine nationalliberale Interpellation über die auswärtige Politik, die von Wasser-mann begründet wurde. Man erzählt sich, daß dieser Führer der Nationalliberalen das Konzept seiner Rede aus dem Reichskanzleramt bezogen habe. Ob diese Behauptung wörtlich zutrifft, mag dahingestellt bleiben, Tatsache ist aber, daß Bülow den dringenden Wunsch hatte, sich dem Reichstag mit einer langen Rede vorzustellen um seinem Herrn zu zeigen, daß er sich von seiner Krankheit vollständig wieder erholt hat. In dem Duell, das zwischen Bülow und Bobbielski hinter den Kulissen ausgefochten wurde, aber ein solches Geräusch verursachte, daß es auch von außen wahrnehmbar war, hat Bülow gefiegt, es ist aber nicht ganz sicher, ob er aus diesem Kampf unverletzt heimgekehrt ist. Die Vermutung, daß der Reichskanzler schon vom Anfangs gezeichnet ist und über kurz oder lang in den Ferien verschwinden wird, diese nicht ganz unbegründete Vermutung hat er Anlaß, jede Gelegenheit zu benutzen, um seine Unentbehrlichkeit zu zeigen. Diese Aufgabe hat ihm Herr Wasser-mann recht leicht gemacht. Statt der in der Presse versprochenen gründlichen Abrechnung mit dem persönlichen Regiment, welches bis weit zur Rechten hinüber gesteigerte Mißstimmung erregt, vernahm man nur ein leises Säuseln. Aber der Zweck der Übung wurde erreicht, Bülow brachte seine Rede an den Mann, und im übrigen — bleibt alles beim alten.

Ersister als diese Angelegenheit verdient zweifellos die Methode genommen zu werden, die der Reichstag neuerdings bei den Wahlprüfungen anwendet. Es ist bekannt, daß die Wahlprüfungskommission des Reichstags mit ausgefuchter Langsamkeit ihres Amtes waltet, und es damit manchem Abgeordneten, der sein Mandat nur durch Betrug und grobe Beeinflussung der Wähler erlangte, gestattet, jahrelang widerrechtlich an der Gesetzgebung mitzuwirken. In neuerer Zeit ist zu dieser Langsamkeit, die sich übrigens nur bei der Prüfung regierungsfremder Mandate zeigt, noch eine himmelschreiende Ungerechtigkeit hinzuge-treten. Die Frage, mit welchen Mitteln ein Mandat er-rungen ist, tritt vollständig zurück hinter die Frage, welcher Partei der Abgeordnete angehört, dessen Wahl zur Prüfung steht. Die Beeinflussung der Wähler durch Regierungs-organe wurde als Grund für die Ungültigkeitserklärung von Mandaten sozialdemokratischer Abgeordneter angesehen, obwohl sich diese Beeinflussung selbstverständlich gegen die Sozialdemokraten richtete. Jetzt handelte es sich um die Prüfung der Mandate einiger Konservativer und Zenträm-ler, bei deren Wahl der amtliche Regierungsapparat beziehungs-weise die Machtmittel der Kirche in einer Weise zur Korrigierung des Wahlglücks in Bewegung gesetzt wurden, daß bei der Praxis, welche der Reichstag früher zur Anwendung brachte, die Mandate unfehlbar als ungültig erklärt werden mußten. Nunmehr ist das aber anders; vergebens wurde der Reichstag von den Rednern der Opposition aufgefordert, seine Würde zu wahren. Die Mehrheit, die sich gebildet hat, um das deutsche Volk mittels der Bälle auszuwuchern, hat bei dem Kampfe um die Beute jede Rücksicht auf Ehre und Ansehen preisgegeben und ist jetzt frei von allen Strupeln. Unbe-kümmert um die Folgen wird das Recht gebeugt und die brutale Macht ausgeübt. Konservative, Zentrum und National-liberale halten wie die Ketten zusammen, um die erschwindelten

Mandate von Angehörigen dieser Gesellschaft zu bestätigen, und sie haben Erfolg, denn sie bilden die Mehrheit des Reichstags. Freilich eine Mehrheit, die dem deutschen Volke weder zum Nutzen noch zur Ehre gereicht.

Die Beratung der von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation über die Fleischnot wurde verschoben. Am Tage vor der Reichstagsöffnung war der Fleischminister Bobbielski endlich entlassen worden und die Regierung ließ dem Reichstag mitteilen, daß sie in etwa 14 Tagen die Interpellation beantworten werde, nachdem ein neuer Landwirtschaftsminister ernannt ist. Inzwischen ist der neue Mann in der Person eines Grafen v. Arnim gefunden, der, nach seiner Vergangenheit zu urteilen, die Nahrungspolitik Bobbielskis konsequent weiterführen wird.

Bei der zweiten Lesung des Gesetzentwurfes betreffend Abänderung der Gewerbeordnung, durch welchen die Ausübung des Gewerbes als Bauunternehmer und Bauleiter soll verjagt werden können, wenn die Unzuverlässigkeit des Gewerbetreibenden dargetan ist, machte Graf Posadowsky den Zünftlern eine große Freude durch die Ankündigung eines neuen Gesetzentwurfes, welcher den kleinen Beschäftigten nachweis bringen soll. Mittels des vorliegenden Gesetzes sollen einige offen liegende Mißstände im Baugewerbe beseitigt werden; durch die Fassung, welche das Gesetz erhalten hat, wird jedoch dieser Zweck in nur sehr unvollkommenem Maße erreicht werden. Von den Sozialdemokraten wurden eine Reihe von Verbesserungsanträgen eingebracht, die hauptsächlich auf die Einführung von Arbeiterschutzmaßnahmen gerichtet waren. Als besonders wichtig kommt hierbei die Zuziehung von Arbeitern zur Baukontrolle in Betracht, wovon jedoch weder die Regierung noch die reaktionäre Reichstagsmehrheit etwas wissen will. In einer beachtenswerten Rede bewies Genosse Bismelburg, der Vorsitzende des Maurerverbandes, wie unzulänglich die von der Kommission gemachten Vorschläge, und wie notwendig die von den Sozialdemokraten gestellten Anträge sind, wenn man wirklichen Arbeiterschutz treiben will. Für die Reichstagsmehrheit ist aber der Arbeiterschutz minder wichtig, ihr ist es in erster Linie um die Verwirklichung zünftlerischer Schrullen zu tun. Und so wurden denn die Verbesserungsanträge abgelehnt und das Gesetz in der Hauptfache nach der Kommissionsfassung angenommen. — Am 23. November begann die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Auf diese Verhandlungen werden wir später zurückkommen.

Die Fleischnot, unter welcher das deutsche Volk schon seit mehr als Jahresfrist in steigendem Maße leidet, hält unvermindert an. Ist auch in letzter Zeit von einzelnen Orten ein kleiner Rückgang der Viehpreise gemeldet worden, so hat diese Erscheinung doch nur lokale Bedeutung. Wie alljährlich um diese Zeit wird etwas mehr Vieh auf den Markt gebracht, weil es den Viehhältern nicht möglich ist, ihre vollen Bestände den Winter über durchzufüttern. Wo aus diesen Gründen ein Rückgang für Fleischpreise eingetreten sein sollte, wird sehr bald der frühere hohe Stand wieder erreicht sein.

Von der herrschenden Teuerung erhält man erst einen richtigen Begriff, wenn man die heutigen Fleischpreise mit denen vergleicht, die noch vor wenigen Jahren gezahlt wurden. Derartige statistische Übersichten liegen in großer Zahl vor, sie geben im großen und ganzen das gleiche Bild. Wir greifen aufs Geratewohl den Monatsbericht des städtischen statistischen Amtes von Warmen für die Monate September und Oktober heraus, der auf Grund der auf dem städtischen Schlachthof gemachten Feststellungen Vergleiche anstellt mit den Preisen, die in den gleichen Monaten der beiden letztverflohenen Jahre gezahlt wurden. Es kosteten demnach durchschnittlich 50 Kilogramm Schlachtgewicht erster Qualität auf dem Warmer Schlachthof:

Table with 5 columns: Monat, Großvieh, Schweine, Kälber, Schafe. Rows for September 1904, 1905 and October 1906.

In Prozenten ausgedrückt sind also die Preise in den Berichtsmontaten gegenüber 1904 für Großvieh um 14,4, für Schafe um 16,7, für Kälber um 16,9 und für Schweine sogar um 33,0 Prozent höher. Entsprechend der Preissteigerung ging auch der Konsum zurück. Während in den Monaten September und Oktober des Jahres 1904 der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung noch 8,92 Kilogramm betrug, sank er in denselben Monaten des Jahres 1905 auf 8,14 Kilogramm, um in den Berichtsmontaten auf 7,77 Kilogramm zu sinken; gegenüber 1904 also ein Minderkonsum von über 2 Pfund.

Das gleiche Bild zeigt uns auch eine Statistik über den Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung in Dresden. Die nachstehende Zusammenstellung gibt den Verbrauch der einzelnen Fleischsorten in Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung an:

Table with 6 columns: Jahr, Rindfleisch, Kalbfleisch, Schaf- und Ziegenfleisch, Schweinefleisch, Pferdefleisch, Insgesamt. Rows for 1901-1905.

Das Ergebnis aus den einzelnen Städten erhält eine wirksame Ergänzung durch eine Statistik, die sich über das ganze Reich erstreckt und welcher die Resultate der Schlachtvieh- und Fleischbeschau unter Umrechnung der Stückzahl in Schlachtgewicht und unter Berücksichtigung der Mehreinfuhr zugrunde gelegt sind. Hiernach berechnet sich der Fleischverbrauch im dritten Quartal der letzten drei Jahre wie folgt:

Table with 2 columns: Jahr, Pro Kopf der Bevölkerung. Rows for 1904, 1905, 1906.

Alle diese Zahlen zeigen, daß die Ernährung des deutschen Volkes durch die Teuerung höchst ungünstig beeinflusst wird. Wenn unsere Machthaber wirklich die Interessen des Volkes vertreten wollten, dann hätten sie einen solchen Zustand nicht eintreten lassen dürfen; zum mindesten wäre es ihre Pflicht, schleunigst Abhilfe zu schaffen. Aber damit hat man es durchaus nicht eilig. Die ganze Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches ist darauf zugeschnitten, den ostelbischen Junkern Vorteile zuzuschlagen auf Kosten der übrigen Bevölkerung. Und von der Möglichkeit, sich zu bereichern, machen jene Herren auch den ausgiebigsten Gebrauch. Die Politik der Lebensmittelzölle und der Grenzsperrungen hat den Wert der Güter ungeheuer in die Höhe getrieben. Typisch hierfür ist folgende Meldung, die kürzlich ein konservatives pommerches Blatt brachte:

Lauenburg, 16. November. Rittergutsbesitzer v. Sydow verkaufte sein an der nordöstlichen Kreisgrenze gelegenes Rittergut Bychow für den Preis von 700 000 Mk. an den Rittergutsbesitzer Gmest-Schönebr. v. Sydow, der jetzt eine Reise nach Ägypten unternimmt, hatte Bychow vor zirka zehn Jahren für den Preis von 360 000 Mk. übernommen. Der etwa doppelte Wertzuwachs in zehn Jahren, der hier zum Ausdruck kommt, konnte bei all den zahlreichen Gutsverkäufen in der letzten Zeit festgestellt werden. Meist war der ideelle Wertzuwachs sogar noch ein weit größerer.

Es ist begreiflich, daß die Nutznießer dieser Politik keine Sehnsucht nach einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes haben, und ihren Wünschen kommt die Regierung so weit als irgend möglich entgegen. Um das Volk zu beruhigen, werden von Zeit zu Zeit Kanakletts herausgegeben, von denen aber niemand satt wird. Ein beliebtes Mittel, um die Durchführung notwendiger Maßnahmen zu verzögern, sind Erhebungen, mit denen auch anlässlich der Fleischnot gearbeitet wird. Am 12. November meldete der „Berliner Lokalanzeiger“, der mitunter zu offiziellen Rundgebungen benutzt wird: „Das Ergebnis der vom Reichsanwalt angeordneten Erhebungen über die Ursachen der Fleischteuerung liegt seit etwa 14 Tagen vollständig vor. Wenn auch die statistischen Zusammenstellungen für die Leistungsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft ein verhältnismäßig günstiges Resultat lieferten, so glaubt doch die Reichsregierung, dem augenblicklichen Notstand sofort Rechnung tragen zu sollen. Man darf erwarten, daß die Regierung, nachdem sie sich mit dem Landwirtschaftsministerium geeinigt hat, Maßnahmen treffen wird. Ob diese in der Herabsetzung der Tarife oder in anderweitigen Erleichterungen der Einfuhr bestehen sollen, muß abgewartet werden.“

Die Regierung will also „Maßnahmen treffen“; was geschehen soll, darüber ist sie sich noch nicht klar, und deshalb geschieht einwirkeln nichts. Der jowiale Landwirtschaftsminister v. Pobjielki ist endlich abgehalftert worden, aber es hat sehr schwer gehalten, diesen markantesten Vertreter der Nahrungspolitik zu beseitigen. Sehr töricht wäre es jedoch zu glauben, daß der Personenwechsel im preussischen Landwirtschaftsministerium einen Systemwechsel bedeutet. Die Ernennung des Herrn v. Arnim ist von den Agrariern mit großer Befriedigung aufgenommen worden, um so berechtigter ist das Mißtrauen, mit welchem man in den nichtagrarischen Kreisen den Taten des neuen Landwirtschaftsministers entgegensteht.

Frei von Sozialdemokraten! Die „Bremer Nachrichten“ bringen folgendes interessante Inserat:

Großes massives Haus, als Zigarrenfabrik oder Filiale sehr geeignet, sofort billig zu verkaufen. Arbeitslöhne spottbillig. — Frei von Sozialdemokraten.

Krbger, Rechnungsrat zu Warburg, Westfalen. Arbeitslöhne spottbillig. Frei von Sozialdemokraten! Mein Liebchen, was willst du noch mehr! Welcher Unternehmer sollte da nicht aufpassen und mit beiden Händen zugreifen! Diese Anzeige ist ja ein Beweis dafür, daß die Löhne eben da spottbillig sind, wo keine Sozialdemokraten, das heißt keine organisierten Arbeiter vorhanden sind. Das Geschwätz unserer Gegner, daß ohne die Sozialdemokratie die Unternehmer ihren Arbeitern von selbst die Löhne aufbessern, wird hierdurch aufs glänzendste widerlegt.

Von der Mühlenindustrie. Da ein Teil unserer Kollegen auch im Mühlenbau beschäftigt ist, so wird es interessieren, welche gewaltige Veränderung die Dampfmaschine in den letzten 20 Jahren in dieser Branche hervorgerufen hat.

Man nimmt man die Jahresberichte der Mülereibergsgenossenschaft der Jahre 1887 ab zur Hand, so findet man, daß die Zahl der Betriebe ständig abgenommen hat. Ebenso rapid ist die Zahl der beschäftigten Arbeiter zurückgegangen. Es waren verzeichnet:

1887	39267	Betriebe mit	82 329	Arbeitern
1889	38 151	„	86 913	„
1892	37 828	„	86 664	„
1895	37 219	„	86 039	„
1904	30 822	„	68 912	„
1905	30 273	„	65 396	„

Ein Rückgang von 9000 Betrieben und 20 000 Arbeitern im letzten Jahrzehnt!

Der Jahresbericht für 1905 bemerkt: „Unser Katasterbestand hat sich im Laufe des Berichtsjahrs um weitere 549 Betriebe vermindert. Den größten Rückgang weisen die Wassermühlen mit 468 Betrieben auf. Die Zahl der Windmühlen hat sich um 178 vermindert. Die Dampfmaschinen haben um 19 Betriebe und die Mühlen mit kombinierter (Dampf und Wind) Kraft um 81 zugenommen. Die Zahl der verstorbenen Personen hat ebenfalls, und zwar um 1516 Personen gegen das Vorjahr abgenommen.“

Die meisten Windmühlen klappern noch im Norden Deutschlands, während der Süden fast gar keine derartigen Mühlen kennt. Man zählte 1905 noch 9882 Windmühlen,

17 370 Getreidemühlen mit Wasserkraft, 886 Dampfmaschinen und 1965 Mühlen, die mit Wasser und Dampf betrieben wurden. Ferner 534 Dlmühlen, 29 Graupen-, 12 Weismühlen und 92 Säckschneidereien. Getreidemühlen mit tierischer Kraft laufen noch 3.

Der Durchschnittslohn eines Müllers beträgt ganze 861,16 Mk. pro Jahr. Daher auch die lange Arbeitszeit in diesem Beruf. Obwohl die Zahl der Arbeiter um fast 20 000 zurückgegangen ist, steigt die Zahl der Unfälle, die im Jahre 1887 1716, dagegen im Jahre 1905 3277 betrugen! Auch ein Zeichen der Zeit. Der Vorsitzende der Mülereibergsgenossenschaft erhält pro Jahr 8000 Mk. Entschädigung für seinen „Ehrenposten“!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Dresden. An sämtliche Zahlstellen des fünften Gaues ist diese Woche ein Zirkular zur Versendung gelangt. Wir bitten die Verwaltungen, in ihren nächsten Verwaltungssitzungen davon Kenntnis zu nehmen.

Der Gauvorstand. J. A.: Otto Gerlikke.

Agitation im Gau Dresden.

Auf Anregung des Gauvorstandes hielt ich in der Zeit vom 27. Oktober bis 13. November Versammlungen in diesem Gau ab, und zwar der Reihe nach in Freiberg, Schweigershain, Kößschenbroda, Deuben (für den Plauenischen Grund) Brand, Großenhain, Glashütte, Radeberg, Neugersdorf, Großschönau, Zittau, Rbbau, Bauzen, Gunnersdorf und Liebenwerda. Der Besuch derselben war im allgemeinen gut. In Kößschenbroda hatte er darunter zu leiden, daß am Tage zuvor Stiftungsfest der Zahlstelle stattgefunden, und in Neugersdorf wurde er dadurch beeinträchtigt, daß die Kollegen zum Teil außerhalb und weit ab wohnten. Letzteres trifft auch noch für einige andere Orte zu. In Großschönau wurde zudem die Entfernung zum Versammlungsort noch durch Lokalmangel im Orte vergrößert, und stand nur ein abseits gelegenes Lokal zur Verfügung. Um so mehr ist der Besuch der Versammlungen seitens der Kollegen anzuerkennen, die den stundenweiten Weg nicht scheuten.

Als Thema war den Zahlstellen vom Gauvorstand vorgeschlagen: Unsere gegenwärtige Lage und die nächsten Aufgaben des Verbandes, oder: Ohne Kampf keine bessere Zukunft. Entschieden hatte sich gerade die Hälfte derselben für das erste Thema, die andere für das zweite. Ausgenommen Großenhain, wo mit Rücksicht auf das unrühmliche Verhalten des Kirch-Dunderschen Gewerkevereins im letzten Jahre das Thema gewählt worden: Welches ist die beste gewerkschaftliche Organisation? Diskussion fand in den Versammlungen selten statt, was ich zum Teil sehr bedauern mußte, weil ich dadurch nicht die Gelegenheit fand, wie ich gehofft, mich mit den Kollegen auch noch über besondere Verbandsfragen zu unterhalten.

Weitere in Aussicht genommene Versammlungen für Dippoldiswalde, Radeburg und Golmütz konnten nicht stattfinden. In Dippoldiswalde befanden sich die Kollegen zurzeit in einer Lohnbewegung, welche wiederholte Versammlungen erforderlich machte, so auch an dem für die Agitationsversammlung in Aussicht genommenen Tage, und mußte deshalb von dieser abgesehen werden. In Radeburg ist die einzige größere Fabrik vor einiger Zeit in Konkurs geraten, die meisten Kollegen haben hierdurch nach auswärts gehen müssen, so daß jetzt nicht genügend beschäftigt sind, um eine Versammlung abhalten zu können. Bei der Arrangierung der Agitationstour war gehofft worden, daß inzwischen die betreffende Fabrik wieder in vollen Gang kommen werde. In Golmütz war die Versammlung anfänglich für 10 1/2 Uhr vormittags (Reformationsfest) bei der Behörde angemeldet worden; diese antwortete darauf, daß seit 1. Oktober als Schluss der Kirchenzeit, von wo ab die Versammlungen erst beginnen könnten, 11 Uhr gelte, und wenn nun die Abhaltung einer Versammlung von dieser Zeit an noch gewünscht werde, bedürfe es erst wieder einer neuen Anmeldung. Obwohl die neue Anmeldung sofort beim Gemeindevorsteher erfolgte, und zwar immer noch einige Stunden mehr als 24 Stunden vor der Zeit des Versammlungsbegins, konnte die Versammlung doch nicht stattfinden, weil die Anmeldung vom Gemeindevorsteher nicht mehr zeitig genug in die Hände der Amtshauptmannschaft gekommen ist, welche in der Sache auch noch ein Wort mitzureden hat. Dieser Fall beleuchtet wieder mal so recht die tatsächlichen rechtlichen Zustände. Nicht minder werden sie illustriert durch die Tatsache, daß an den Versammlungsorten am Versammlungstag immer ein Plakat zu prangen hat mit dem Inhalt: Heute öffentliche Versammlung, Militärverbot.

Trotz alledem geht die gewerkschaftliche Organisation durchweg gut vorwärts. Und so wird denn auch die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch jene Unternehmer, die, obwohl sie für sich das Koalitionsrecht im weitesten Maße in Anspruch nehmen und sich den Beschlüssen ihrer Organisation unterordnen bis zur Vernichtung ihrer Existenz, aber bei alledem die Organisation der Arbeiter bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen noch nicht mitreden lassen wollen, sich doch hierzu bequemen werden müssen und sogar froh daran sein werden, wenn es geschieht. W. Schneegäß.

Agitation im Gau Dresden.

Eine Agitationstour durch das Erzgebirge mit seinem Arbeiterelend, seiner grenzenlosen Ausbeutung der Arbeiter in der Heimindustrie, ausgebeutet über das ganze Gebiet der Stuhlindustrie, in dem vor kaum einem halben Jahre noch die sechzehnwöchige Aussperrung tobte — eine solche Tour wird auf jeden hiezu bestimmten Kollegen äußerst anregend wirken, zumal wenn er als Thema zu behandeln hat „Ohne Kampf keine bessere Zukunft“. Vor solch einem erneuten Kampfe standen bereits die Kollegen im ersten Versammlungsorte in Leringswalde; am selben Abend, an dem ich dort sprach, wurde dort sämtlichen organisierten Kollegen gekündigt, weil 31 Kollegen bei Ottig infolge schlechten Verdienstes abreisen wollten. Der Besuch der Versammlung, 450 Kollegen, und die Stimmung in derselben zeigte den

Herren Scharfmachern der Stuhlindustrie, daß unsere Kollegen den ihnen von den Fabrikanten hingeworfenen Fehdehandschuh aufzuheben gewillt waren; hoffentlich lernen die der Organisation noch Fernstehenden dadurch auch endlich einsehen, was ihre Pflicht ist angesichts solcher Situationen. Schlecht besucht war die Versammlung in Oibernhau, und gerade hier hätten es die Kollegen so dringend nötig. In Neuhäusen und Wilsdruff scheint reges Verbandsleben zu herrschen, demgemäß waren auch die Versammlungen gut besucht.

In letzterem Orte lernte ich etwas vom sächsischen „Juwel“ kennen, indem der überwachende Beamte verfügte, daß das Nebenzimmer geräumt werde, wohin sich ein Teil der Kollegen infolge Überfüllung des Lokales begeben hatte. Nun stand im Versammlungsort alles in „drangvoll fürchterlicher Enge“ beisammen, dies war nach Ansicht des überwachenden besser, da er die Versammlung übersehen und so den sächsischen Staat vor der drohenden Gefahr des Unterganges retten konnte.

In Niedersiedlich war es sehr beklagenswert, daß von 450 organisierten Kollegen es nur 50 der Mühe wert fanden, die Versammlung zu besuchen. In Otscha sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch recht schlecht; Stundenlöhne von 26 bis 35 Pf. bei zehnstündiger Arbeitszeit sind die Regel. Auch der Besuch der Versammlung ließ zu wünschen übrig. In Risa dagegen waren 45 indifferente Schneidemühlenarbeiter anwesend, welche ein trauriges Bild des Glends in ihrem Beruf in der Diskussion entrollten. Die Kollegen beklagten den hohen Verbandsbeitrag, der es ihnen nicht möglich mache, sich zu organisieren, obwohl sie früher bei niederen Beiträgen erst recht nichts von der Organisation wissen wollten, daher auch die schlimme Ausbeutung und Unterdrückung, unter der sie zu leiden haben. Hier ist noch ein ergiebtes Feld zur Bearbeitung. Die Versammlung in Dresden litt jedenfalls wegen des Feiertages am Tage vorher und mochte zirka 1200 Teilnehmer zählen. In dem Städtchen Rabenau mit seinen 3400 Einwohnern befinden sich 20 größere Stuhlfabriken mit je 10 bis 50 Kollegen im Betrieb, eine einzige Stuhlfabrik beschäftigt über 320 Gehilfen. Arbeitszeit 57 Stunden bei einem Allforddurchschnittsverdienst von 20 Mk. die Woche. Der äußerst gute Besuch der Versammlung (etwa 320 Kollegen) zeugte von regem Interesse am Verbandsleben, besserer Besuch wäre in Pirna, Sebnitz und Schandau zu wünschen gewesen. In letzterem Orte haben nach einem Streit von kürzerer Dauer die Sägearbeiter die Plinte wieder ins Korn geworfen, infolgedessen herrscht wieder ungehinderte Ausbeutung bei Allfordlöhnen von 20, 22 und 25 Pf. die Stunde und elf- und zwölfstündiger täglicher Arbeitszeit. Im Sägewerk Haffe wurde am Vorabend der Besuch der Versammlung streng verboten, man stellte sogar einen Aufpasser auf der Straße auf, um die Besucher zu kontrollieren. Dieser Unternehmer hat heuer sogar einen alten Kollegen wegen Verbandszugehörigkeit entlassen, der bereits 42 Jahre im Betriebe sich aufgerieben hat. An Gefühlslosigkeit bleiben sich die Unternehmer doch überall gleich, auch in Bayern sind solche Vorkommnisse in Sägewerken keine Seltenheit.

Sehr gut besucht war die Versammlung in Meissen. Dort geht es gut vorwärts; dagegen schien mir die Versammlung in Döbeln der Versammlung im vornherein kein reges Interesse entgegengebracht zu haben. In Leisnig sowie Partha war der Besuch schlecht; etwas besser hätte er auch in Waldheim sein können, zumal wenn man bedenkt, daß die angebrochte erneute Aussperrung die Kollegen des ganzen Stuhlgebietes zu energischem Protest hätte herausfordern müssen. Am traurigsten scheint es jedoch noch in Wittweiba bestellt zu sein, wo trotz Aussperrung in den naheliegenden Orten von 279 beschäftigten Stuhlbauern nur 75 organisiert sind; kein Wunder, wenn der Durchschnittslohn dann nur 17 Mk. pro Woche bei 59stündiger Arbeitszeit beträgt. Hier müssen eben dann die Frauen und Töchter in den Fabriken fronen, um den notwendigsten Verdienst zur Ernährung der Familie zu beschaffen.

Spendorf — jedermann kennt sie aus seiner Kindheit her, die niedlichen Spielwaren, die Pferdchen, Soldaten, Schachmännchen, mit denen wir die Eltern erfreuten, aber nicht jeder denkt dabei an das fürchterliche Glend in diesen Spielwarenfabriken und in der Heimindustrie. Wenn man des Abends in den Städten und Dörfern dieser Gegend durch die Straßen wandert, so ist es, als wäre der ganze Ort illuminiert. Die großen, langgestreckten drei und mehr Stockwerke hohen Fabriken sind hell erleuchtet, nicht zur festlichen Freude, sondern zur allertraurigsten Arbeitsfron. Man könnte so vieles darüber schreiben, nur um seinem gepreßten Herzen Luft zu machen über die Lage dieser Arbeiter. Ein kleines Beispiel sei angeführt, wie es die Herren Fabrikanten machen, um den gesetzlichen Bestimmungen ein Schnippchen zu schlagen:

Spielwarenfabrikant Junger läßt die Arbeiterinnen am Sonnabend entsprechend den gesetzlichen Vorschriften um 5 Uhr abends nach Hause gehen, jedoch um 7 Uhr müssen alle wiederkommen, um dann bis 10 und 12 Uhr nachts zu arbeiten, wie an den übrigen Werktagen. Wer zu spät kommt, wird gefirakt und der Gesamtverdienst beträgt dann 9 Mk. bei zusammen 85 Arbeitsstunden pro Woche. Es war nur eine Besprechung möglich, da kein Saal zur Verfügung steht, es war auch kein solcher nötig, da nur 17 Kollegen es der Mühe wert gefunden, diese zu besuchen. Den Deuten fehlt noch der Glaube, die Überzeugung, aus eigener Kraft all das viele Glend zu beseitigen. Eine Versammlung fand dann zum Schluß noch in Chemnitz statt, die — Ende gut, alles gut — auch zufriedenstellend besucht war.

Im großen ganzen kann durchweg konstatiert werden, daß seitens der Verwaltungen alles geschah, um die Versammlungen gut vorzubereiten; leider ließ vielfach der Besuch seitens der organisierten Kollegen zu wünschen übrig. Unsere Kollegen mögen doch bedenken, daß recht gut besuchte öffentliche Versammlungen ihre demagogische Wirkung nie verfehlen gegenüber dem jungen Nachwuchs, der herangezogen werden muß; ebenso wirken solche dann auch anfeuernd und anspornend auf die alten, für den Verbands tätigen Kollegen. Schließlich werden gut besuchte Versammlungen stets auch nach außen und nicht zuletzt auch auf das Unternehmertum eine gute Wirkung haben. Ich hoffe und wünsche, daß auch diese Tour ihre guten Erfolge haben wird. Und Agitation und organisatorische Erfolge sind ja

in diesem Gau, speziell im Erzgebirge, doppelt notwendig. Zum Schluß möchte ich noch der rührenden Fürsorge der sächsischen Polizei gedenken; es macht sich so schön, wenn neben dem Heber ein Gendarm sitzt mit der blank gepuzten Flinte zwischen den Weinen. Das ist für einen Süddeutschen ein ungewöhnlicher Vorgang.
Anton Rath.

Agitation im Gau Magdeburg.

Einer Einladung des Gauvorstandes folgend, übernahm ich im genannten Gau vom 8. bis 18. November eine Agitationsstour mit insgesamt 16 Versammlungen.

An der nötigen Agitationsentfaltung haben es jedenfalls die Lokalverwaltungen nicht fehlen lassen, trotzdem hätte der Versammlungsbesuch in einem großen Teil der Zahlstellen besser sein können. Besonders ist mir aufgefallen, daß die unorganisierten Kollegen sehr selten in den Versammlungen anwesend waren. Doch wo dies der Fall war, gelang es auch, dieselben von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen und zum Anschluß an dieselbe zu bewegen. In Zukunft muß meines Erachtens von den Lokalverwaltungen mehr darauf hingearbeitet werden, die Unorganisierten in die Versammlungen mitzubringen. Das wird am ehesten möglich sein, wenn die Versammlungen gleich nach Schluß der Arbeitszeit stattfinden können.

In Wernigerode, wo meine Tour begann, waren 40 Kollegen in der Versammlung erschienen. Dort ist vor kurzem erst der Streik der Tischler nach 14wöchiger Dauer mit teilweisem Erfolg für unsere Kollegen beendet worden. Leider gelang es nicht, neben der Lohnherhöhung auch die Arbeitszeit in allen Betrieben zu verkürzen, doch wollen unsere Kollegen dieses bei der nächsten besten Gelegenheit nachholen.

In der alten Kaiserstadt Goslar war die Versammlung verhältnismäßig gut besucht. Gleich zu Beginn derselben hatten wir eine Auseinandersetzung mit dem überwachenden Wachmeister. Dieser verlangte, daß die Frauen unserer Gläubigerkollegen, welche auch zur Versammlung erschienen waren, den Saal verlassen sollten. Alle Vorstellungen halfen nichts. Um die Versammlung nicht der Auflösung anheimfallen zu lassen, mußten wir uns wohl oder übel fügen. Beschwerde über den Beamten ist eingereicht, zumal derselbe sich in früheren Versammlungen ebenso „gesetzesfremd“ bewiesen haben soll. Nach diesem Zwischenfall nahm die Versammlung einen guten Verlauf.

Sehr schlecht war die Versammlung in Quedlinburg besucht. Von 67 Mitgliedern waren nur 19 Kollegen erschienen, trotzdem in dem teuren Garzstädtchen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sehr viel zu wünschen übrig lassen. Anstatt einmütig und geschlossen Front gegen das Unternehmertum zu machen, verschau auch hier noch die „Anarcho-sozialen“ in der Metallindustrie ihre verwerfliche Agitationsweise auf die anderen Gewerkschaften mit zu übertragen. Zum Schaden der gesamten Gewerkschaftsbewegung am Orte.

Die in Halberstadt geplante Versammlung konnte nicht stattfinden, da am selben Abend eine öffentliche Volksversammlung arrangiert war. Nach einem Beschluß des dortigen Gewerkschaftskariere sollen dann alle Gewerkschaftsversammlungen ausfallen. Es waren auch nur wenige Kollegen erschienen, und so entschlossen wir uns, auch die Volksversammlung gemeinschaftlich zu besuchen. Dieselbe stand unter dem Zeichen der Stadtverordnetenwahl. Von Halberstadt führte mich die Bahn nach dem idyllischen Garzstädtchen Blankenburg, ein bester Kurort für solche, die es dazu haben, nach „angestrengter“ Tätigkeit hier einige Monate zubringen zu können. Alles ist organisiert bis auf ein paar, die wir nicht haben wollen, lautete die Antwort auf meine Frage über die Organisationsverhältnisse am Orte. Trotzdem oder eben deswegen hätte die Versammlung etwas besser besucht sein können.

In Aschersleben, wo die Zahlstelle in der Hauptsache aus Modellstählern besteht, hält es außerordentlich schwer, die Bau- und Möbelschleier aus ihrer Letztgarie aufzurütteln und der Organisation zuzuführen. Dafür lassen aber auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse alles zu wünschen übrig, obwohl die Lebensmittelpreise denen in der Großstadt nicht viel nachstehen. Hoffentlich gelingt es der Organisation, auch hier bald einmal Brezche zu legen. In der Versammlung waren von 78 Mitgliedern 40 erschienen.

Im Burgfeller zu Dessau waren von 266 Mitgliedern ungefähr 120 Kollegen in der Versammlung anwesend. Hier ist vor kurzem erst ein Tarif für die Tischler festgelegt worden, welcher die 9 1/2 stündige Arbeitszeit und eine Lohnherhöhung von 3 Pf. pro Stunde vorsieht. In der Diskussion wurde gerügt, daß einzelne Kollegen die Arbeitszeit schon jetzt wieder durch Seiten von Überstunden durchbrechen. Möchten die Kollegen doch endlich einmal einsehen lernen, daß das Erzwungene mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gehalten werden muß und nicht leichtfertig wieder preisgegeben werden darf.

In Roslau war der Besuch durch die am selben Tage stattgefundene Militärkontrolle wesentlich beeinträchtigt. Ebenfalls konnte in Coswig der Versammlungsbesuch besser ausfallen, zumal dort alles organisiert ist und diese Zahlstelle als eine der besten im Gau galt.

Recht im argen liegt es noch in Wittenberg. Von 160 bis 180 Beschäftigten sind kaum 52 Kollegen organisiert. 26 davon waren in der Versammlung. Hier ist noch ein großes Feld zu heckern, zumal die Lohnverhältnisse nicht nur der Korbmacher, sondern auch in den anderen Branchen noch sehr traurige sind. Und dabei fehlt es hier fortgesetzt an Arbeitskräften, weil eben die zugewanderten Kollegen nicht unter diesen Verhältnissen lange arbeiten wollen. Am nächsten Tage hatte ich in Zerbst Versammlung. Trotz bedingungsloser Aufgabe des 12 Wochen dauernden Streiks in diesem Jahre haben unsere Kollegen immerhin noch eine Abschlagszahlung von 2 Pf. pro Stunde erreicht. Jedenfalls scheint sich die Lokalverwaltung alle Mühe zu geben, die Scharte bei der nächsten günstigen Gelegenheit wieder auszuwaschen. Dazu gehört aber auch, daß sie von den Zerbster Kollegen tatkräftig unterstützt wird, zumal in Zerbst auch noch viel Agitationsarbeit in der Stofffabrik, Pfeiffenfabrik usw. zu verrichten ist.

Eine gut besuchte Versammlung fand ich in der kleinen Zahlstelle Neuhaldensleben, auch sonst war der Geist unter den Kollegen ein guter zu nennen. Nicht so gut war die Versammlung in Cöthen besucht. Von 116 Mitgliedern

waren nur 66 in der Versammlung erschienen, trotz rührender Agitationsentfaltung der Verwaltung. In Bernburg war der Besuch wieder besser, trotzdem die Versammlung am Freitag stattfand und dieser Tag überall als der schlechteste Versammlungstag gilt, wo Sonntags Lohn gezahlt wird. Fast vollzählig war die Versammlung in Gisleben von unseren Mitgliedern besucht. Das Verhalten einiger früherer Verbandskollegen bei der Firma Berger dort ist gerade nicht schön zu nennen, zumal sie sich früher eingebildet haben, als aufgeklärte Arbeiter gelten zu können. Nun, auch hier wird eines Tages einmal die richtige Erkenntnis Platz greifen, wie unsolidarisch sie an ihren Arbeitsbrüdern gehandelt haben.

Die letzte Versammlung hatte ich in Sangerhausen abzuhalten. War der Besuch in Gisleben gut, so war er hier äußerst schlecht. Von 127 Mitgliedern hatten sich noch nicht 80 Kollegen eingefunden. Eine Interesselostigkeit, wie ich sie in keiner Zahlstelle auf meiner Tour angetroffen habe. Dafür beanspruchen aber auch die Kollegen das Recht für sich, sich in den Mitgliederversammlungen recht herunterzusetzen zu können, wie in der Diskussion hervorgehoben wurde. Daß dabei der Unternehmer den lachenden Dritten macht, scheint unseren Kollegen gar nicht einleuchten zu wollen. Darum wacht auf, Kollegen von Sangerhausen, laßt eure persönlichen Forderungen und seht euch eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse einmal etwas näher an. Dann werdet ihr bald ein anderes Thema in euren Versammlungen haben und hoffentlich besseren Besuch als am 18. November.

In allen Versammlungen war das zu behandelnde Thema: „Die gegenwärtige Lage und die nächsten Aufgaben des Deutschen Holzarbeiterverbandes“.

Mögen die Kollegen nun die ihnen geschuldeten nächsten Aufgaben in der Kleinagitation kräftig auszunutzen suchen, dann wird auch diese Tour voll und ganz ihren Zweck erreicht haben. Mehr Agitation und Aufklärung in die Kollegenkreise hineingetragen, um aus den zahlenden Mitgliedern auch tätige Kollegen zu erziehen und den letzten Mann am Orte der Organisation zuzuführen. Das sollen und müssen unsere nächsten Aufgaben sein.
Max Schnabel.

Korrespondenzen.

Aschersleben. Auf der Ludwigshütte in Sandersleben herrschen noch recht traurige Zustände. Die Löhne, welche schon sehr knapp bemessen sind, werden wenn der Geschäftsgang ein flauer wird gleich reduziert. Die Arbeitszeit beträgt noch 65 Stunden pro Woche. Auch ist dieser Betrieb die reinste Musterbude im Lehrlingszuchtigen; kommen doch neben 6 Gesellen auch 6 Lehrlinge in Frage, welche wenn die Arbeit schwach wird das Quantum Tischlerarbeit allein liefern können und die Gesellen können dann gehen. Um in solchen ungünstigen Zeiten die Entlassung zu verhindern, müßten die älteren Gesellen dann unter den erbärmlichsten Löhnen arbeiten. Löhne von 11 bis 15 Mr. pro Woche bei 65stündiger Arbeit sind dann die Regel. Es ist nun klar, daß diese alten Kollegen bei jeder Gelegenheit ihren Verdienst verheimlichen, weil sie sich desselben schämen. Diese Heimlichkeitstuerie ist aber nicht das Richtige. Die Kollegen sollten lieber in aller Öffentlichkeit über ihre Lage Auskunft geben, damit derartige Jammerlöhne an den Tag kommen. Kollegen, laßt euch nicht noch ganz die Zippelmäule über die Ohren ziehen, sondern schließt euch zusammen, organisiert euch im Deutschen Holzarbeiterverband, damit ihr zur gegebenen Zeit eurem Unternehmer etwas abtrotzen könnt. Seht die Form an, durch ihre Untüchtigkeit haben sie etwas erzielt, auch bei euch wird es anders, wenn ihr einig seid. Durch euer jetziges Verhalten drückt ihr nur die Löhne in den größeren Fabriken und werdet so zum Hemmschuh für unsere Kollegen, wenn diese eine Lohnforderung oder dergleichen durchsetzen wollen. Drum hinein in die Organisation, kämpft mit uns Schulter an Schulter, fordert von eurem Unternehmer höhere Löhne, die hohen Fleisch- und Brotpreise geben euch dazu reichlich Veranlassung. Sei einig, denn vereint sind wir eine Macht, verstimmt sind wir ein Haufen. Ich bin alle am Sonnabend den 1. Dezember abends 7 1/2 Uhr im „Goldenen Anker“ zur Versammlung. Auch den Ascherslebener Kollegen möchte ich wie einen besseren Versammlungsbesuch empfehlen. Kollegen erscheint vollzählig, helfe am Ausbau unserer Zahlstelle und unseres Verbandes mit.

Weißenrode. Anfang November wurde hier die Gründung einer Zahlstelle vollzogen. Am 28. Oktober fand eine von 18 Personen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Pappes-Grurt einen Vortrag hielt über die Entwicklung und die nächsten Aufgaben des Verbandes. Der Aufforderung an die Unorganisierten, sich dem Verband anzuschließen, kamen im Laufe der Zeit mehrere Kollegen nach, so daß wir jetzt sagen können, daß die organisierten Kollegen fleißig geworben sind. Es gibt hier viele Kollegen, die klagen über teure Lebensverhältnisse und lange Arbeitszeit, aber nicht den Mut finden, sich dem Verband anzuschließen. Sie halten es für zweckmäßiger, dem Krügerverein zu steuern, von dem sie jedoch keinen Nutzen haben. Diese Kollegen sollten doch endlich zu der Einsicht kommen, daß sie nur mittels des Verbandes eine Besserung ihrer Lage erreichen können. Die Scheu vor den 50 Pf. Beitrag, die sie vom Beitritt abhält, sollten sie endlich ablegen, denn der an den Verband gezahlte Beitrag trägt mit der Zeit reichlich Zinsen. Darum, Kollegen aller Branchen, schließt euch dem Deutschen Holzarbeiterverband an, damit auch eure Lage eine Verbesserung erreicht, die schon lange nötig gewesen wäre.

Breslau. (Drechsler.) Am 14. November fand eine Versammlung der Sektion Drechsler statt, welche zur Drechslerkonferenz Stellung nahm. Der Vertrauensmann der Sektion, Kollege Pacyna, führte in großen Zügen die wichtigsten Punkte die auf dieser Konferenz erledigt werden müßten, den Versammelten vor Augen. Die wichtigste Arbeit der Konferenz wäre, ein fruchtbringendes Agitations-system aufzustellen, nach welchem an allen in Betracht kommenden Orten gearbeitet werden soll. Aber auch dort sollten sich alle Kräfte zusammenschließen, um agitatorisch zu wirken und nicht die Arbeit immer einzelnen Kollegen überlassen. In Orten, wo sich unorganisierte Kollegen in größerer Anzahl befinden, sollen von den betreffenden Gauvorstehern nur Versammlungen zur Agitation verwendet werden. Kollege Pacyna befürwortete des Weiteren die Bildung einer Generalkommission, die in enger Beziehung zu allen größeren

Sektionen steht, durch dieselben an Orten, wo sich keine Sektionen befinden, Material über Arbeitslöhne, Arbeitszeit usw. sammeln läßt und dasselbe statistisch für Jahr verarbeitet. Ferner soll es die Generalkommission als ihre wichtigste Aufgabe betrachten, an Orten, wo Massenartikel an erster Stelle sich befinden, bei etwaiger Lohnbewegung einen gewissen Preisausgleich zu erzielen. Ferner soll die Frage der Berufskrankheiten, wie Krampfadern und Lungentuberkulose, angeschnitten werden. An dies anlehnend als letzter Punkt die Alkoholfrage. In einer Resolution, die einstimmig Annahme fand, beschließt die Versammlung, den Hauptvorstand zu ersuchen, in nächster Zeit eine Konferenz der Drechsler Deutschlands einzuberufen. Als Tagesordnung für dieselbe wird vorgeschlagen: 1. Agitation am Orte wie auch im Gau; 2. Bildung einer Generalkommission; 3. Wie bekämpft man die Berufskrankheiten „Krampfadern“ und „Lungentuberkulose“? 4. Alkoholfrage. Die Sektion ist der Meinung, daß zu jedem Punkte der Tagesordnung sich ein Referent aus den Reihen der Drechsler stellen kann.

Darmstadt. (Rammacher.) Wenn die Rammacher dieses Frühjahr durch eine Lohnbewegung ihre Lage zu verbessern suchten und dies auch zum Teil erreichten, so haben sich doch in der letzten Zeit Zustände eingeschlichen, die gewiß nicht dazu beitragen werden, den guten Ruf, den die hiesige Firma dieser Branche auch einst unter den Arbeitern hatte, weiter aufrechtzuerhalten. Wenn auch hierbei zugegeben werden muß, daß von der früheren Fabrikleitung manches eingeführt wurde, was nicht zum Vorteil des Geschäftes wie auch der dort beschäftigten Arbeiter war, so sind jedoch jetzt Maßnahmen getroffen, daß man sich unwillkürlich fragen muß, wie es nur möglich ist, daß von klar sehenden Geschäftsleitern derartige, dem Geschäft keineswegs zum Vorteil dienende Einrichtungen getroffen werden konnten, und man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man das Ganze nur als die Antwort auf unsere letzte Lohnbewegung betrachtet. Denn statt der damals der Lohnkommission versprochenen Erhöhung der Akkordpreise wird noch eine Reduzierung derselben vorgenommen. Ob nun der Kommerzrat zeigen will, daß er allein Herr im Hause ist? Man könnte das bald annehmen. Verurteilen müssen die Arbeiter ganz entschieden, daß ein Herr L. fortwährend mit geradezu widerwärtiger Beredsamkeit und schlaue berechneter List es versucht, die Akkordsätze auf ein Niveau zu bringen, daß selbst alte, eingearbeitete Kollegen es vorziehen, den Betrieb zu verlassen. Außerdem ist das Ansehen von Strafen bei jeder Gelegenheit an der Tagesordnung, und mit Recht werden die Rammacher behaupten können, daß es wohl kein zweites Geschäft gibt, wo man so bemüht ist, bei den gegenwärtigen hohen Lebensmittelpreisen und Mietzpreisen den Arbeitern die Taschen durch Strafen noch zu erleichtern. Aber — Strafe! muß sein. Ja man geht sogar noch so weit, zu sagen, daß ja die Strafgebühren wieder den franten Arbeitern zugute kommen. Darauf, wie Beschwerden der einzelnen Arbeiter wie auch des Arbeiterausschusses entgegen genommen werden, wollen wir heute nicht eingehen. Die Firma glaubt ihre alten Leute durch ungelehrte junge Leute ersetzen zu können, so wird sie sich wohl in erster Linie selbst schädigen, denn wenn man das Tun und Treiben dieser jugendlichen billigen Arbeitskräfte sieht, so wird man nicht mehr im Zweifel sein können darüber, daß der Arbeitgeber dabei nicht auf seine Rechnung kommt, und auch dem Firmeninhaber wird bald die Überzeugung kommen, daß die Preiswücherei und Straferie nicht so weiter gehen kann, ebenso die Behandlung anders werden muß. Sonst werden selbst die wenigen alten Leute bald, dem Beispiel ihrer Kollegen folgend, den Darmstädter Staub von ihren Füßen schütteln. Den auswärtigen Kollegen sei hiermit aber gleich geraten, bevor sie hier in Arbeit treten, sich erst bei der Verwaltung zu erkundigen, sonst kann es vielleicht nicht ausbleiben, daß sie noch seitens eines Vorgesetzten mit „Lumpenvolk“, „Nammel“, „Faulenzger“ und anderen schönen Namen tituliert werden.

Essen. Die christlichen Gewerkschaftsblätter, und allen voran das Organ des Zentralverbandes der christlichen Holzarbeiter, füllen ihre Spalten stets mit Terrorisimusgeschichten, die dort passiert sein sollen, wo die frei organisierte Arbeiterschaft in der Mehrheit ist. Damit versucht man nur die eigenen Geldentaten christlicher Duldsamkeit und Erziehungsfolge zu verbergen. Wir in der Hochburg der christlichen Arbeiterbewegung könnten nun manches Stückchen von diesen aufsticheln über Organisationsmangel, Brotlosmachung und Gewaltakte anders denkenden Arbeitern gegenüber. Gins muß man den Zünglern Boyolas aber lassen, sie verstehen es meisterhaft, die Wege heimtückischer und hinterlistiger Kampfesweise zu wandeln; erst später wird man gewahr, wo die Schuldigen zu suchen sind. Wir heulen und jammern aber nicht wie alte Weiber, um nach außen hin Mitleid zu erregen. Wir kämpfen uns durch. Es sei hier nur ein Fall aus jüngster Zeit mitgeteilt, der auf echt christliche Erziehungsart der Christlichen nach jeder Seite hin schließen läßt. Bekanntlich leisten die christlichen Führer in Wort und Schrift Großes im Hineinziehen von Personennamen; geht's nicht anders, werden diese entstellt, eine dumme Bemerkung daran geknüpft und ein großer Wis ist fertig, auf den man sich etwas zugute hält. Wird's nicht anerkannt, kann man sehr böse werden. Dies hat Schule gemacht. In einer ausgesprochenen Hochburg christlicher Holzarbeiter in der größten Schreinerei des benachbarten Alteneissen arbeitet ein Kollege unseres Verbandes, Voigt mit Namen. Der Rübener Fall diente nun den Christlichen zum Anlaß, unseren Kollegen zu hänseln und auch allerlei Karikaturen auf seine Bank zu legen. Da die Dummheiten nicht abreißen wollten, verbat der Kollege sich diese energisch. Der christliche Schreiner H., welcher sich als verkanntes Genie betrachtet, geriet darob in hellen Zorn, und er drohte unserem Kollegen mit einem Stück Holz. Der Zurückhaltung und Ruhe unseres Kollegen war es zu verhandeln, daß es nicht zu Tötlichkeiten kam. Aber in nicht mißzuverstehender Weise stellte der Christ solche in Aussicht, falls er unseren Kollegen unter vier Augen treffen würde. Wie würde dieser Vorfall wieder aufgebauscht und in alle Welt hinausposaunt worden sein, wenn der Vorgang sich umgekehrt abgespielt hätte.

Heide i. Holst. In der Werkstat von J. W. Dirck haben vor kurzem etwa zehn Gesellen angefangen, die sich Herr Dirck aus Altona und Kiel kommen ließ und denen er dauernde Arbeit versprach. Raum zwei Wochen später

wurden aber drei der Kollegen wieder entlassen, ohne daß ihnen dafür ein Grund angegeben wurde. Die Kollegen vermuten, daß die Entlassung durch einen Unorganisierten veranlaßt wurde, dem es nicht gefiel, daß er zum Beitritt in die Organisation aufgefordert wurde. Es wird deshalb gebeten, den Arbeitergesuchen des Herrn Dircks in auswärtigen Zeitungen einige Aufmerksamkeit zu schenken; insbesondere sollten keine Kollegen hier Arbeit annehmen, ohne sich vorher beim Bevollmächtigten erkundigt zu haben.

Heidelberg. In der am 17. November stattgefundenen Mitgliederversammlung referierte Kollege Ernst Deinhardt-Stuttgart über das Thema: „Die modernen Gewerkschaften und ihre Gegner“. Kollege Deinhardt, dem die anwesenden Mitglieder mit Aufmerksamkeit folgten, erledigte sich seiner Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit. Die Versammlung, die gut besucht war, hätte in Anbetracht der genügenden Bekanntheit noch viel besser besucht sein können. In der darauf stattgefundenen Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Vortrages und ersuchten die Verwaltung, öfters derartige Vorträge zu veranstalten. In einem weiteren Punkte wurde der Bericht erstattet über die Lohnbewegung bei der Firma Hamm, Schnellpressenfabrik, wobei zu entnehmen war, daß dort sämtliche Arbeiter sich im Ausstand befinden. Für uns kommen 7 Mann in Betracht. Nachdem im September ein Tarif mit der Firma abgeschlossen wurde, hat denselben der Metallindustriellenverband nicht anerkannt und waren die Arbeiter gezwungen, in einen Abwehrstreik einzutreten. Nachdem noch einiges bekannt gemacht wurde, die sehr imponierende Versammlung geschlossen. Kollegen Heidelbergs, wenn ihr glaubt, nach einer gut verlaufenen Lohnbewegung genügt es, keine Beiträge zu zahlen und den Winterschlaf anzutreten, so seid ihr im Firtum. Kollegen, nehmt euch ein Beispiel an unseren Gegnern und Arbeitgebern, wie die täglich neue Organisationen gründen, so auch die Heidelberger Schreinermeister, die Anschluß an den Arbeiterschutzbund suchen, so ist es nicht gleichgültig, ob man in die Versammlungen kommt oder nicht. Nur in den Versammlungen werdet ihr richtige Mitglieder, indem ihr mitarbeitet am Ausbau unserer Zahlstelle durch eure Aussprachen und Beschlüsse. Kollegen, nehmt euch diese Zeiten zu Herzen und besücht in Zukunft unsere Mitgliederversammlungen, damit wir für alle Fälle gerüstet sind.

Jena. Die Arbeiterschaft unserer Stadt ist durchaus nicht auf Rosen gebettet. Die Lebensmittel- und Mietpreise stehen denen einer Großstadt nicht nach, aber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse stehen dazu in keinem rechten Verhältnis. Unsere Kollegen in der Möbelbranche haben sich ja im vergangenen Frühjahr einige nennenswerte Verbesserungen erkämpft und gilt für sie, das Erungene hochzuhalten und sich die erworbene Achtung nicht wieder zu verschmerzen. Vor allen Dingen ist es notwendig, mit der Organisation in steter Fühlung zu bleiben und die Versammlungen fleißig zu besuchen. Haben die Kollegen in den Tischlereien auch eingesehen, wie sie ihre Interessen am besten vertreten, so kann man das leider von den Kollegen in der Klavierbranche nicht sagen; bei ihnen herrscht eine Laubheit und Gleichgültigkeit, daß man meinen sollte, die Zustände in den Betrieben ließen gar nichts zu wünschen übrig. Aber in Wirklichkeit ist dem nicht so, die Verhältnisse sind hier teilweise sehr der Verbesserung bedürftig. In zwei Betrieben besteht noch die zehn- bzw. elfstündige Arbeitszeit, während in den Tischlereien durchgängig 9 1/2 Stunden gearbeitet wird. Die Kollegen in der optischen Werkstätte von Karl Zeiß könnten sich etwas mehr um ihre Organisation kümmern. In der Zellstofffabrik von Schietrumpp in Wenigenjena ist es uns gelungen, seit diesem Frühjahr etwa 20 Kollegen dem Verband zuzuführen. Gerade in diesem Betrieb wird der Organisation in Zukunft reichliche Arbeit erwachsen. Wir wollen es zum Schluß nicht unterlassen, die Kollegen mit der Werkstätte des Herrn Tischlermeisters Wiegand bekannt zu machen, der es durch seine lieblichen Umgangsformen schon zu einer gewissen Bekanntheit gebracht hat. Wenn man seine Werkstätte betritt, glaubt man sich in ein Trappistenkloster versetzt. Sprechen ist verboten, insbesondere wenn Herr Tischlermeister Wiegand gerührt anwesend zu sein. Trillerte kürzlich ein momentan gut aufgelegter Tischlergeselle eine bekannte Weise vor sich hin, ohne im geringsten von der Anwesenheit des Herrn Wiegand Notiz zu nehmen. So was muß natürlich gerochen werden, und Herr Wiegand unterlagte selbstverständlich das Pfeifen in seiner Gegenwart, und das mit Recht; wie kann auch ein Tischlergeselle sich unterziehen und pfeifen, noch dazu bei Wiegand! Seit der Lohnbewegung scheint nun Herr Wiegand vollends herabgewunden zu sein und würde er es als eine Erleichterung empfinden, wenn er seinen Gesellen während des Frühstücks einen Maulkorb anlegen könnte, er brauchte dann nicht mehr zu läuschen. In der guten alten Zeit konnte man die Gesellen noch verhauen, und Herr Wiegand betont es oft: Bei meinem Vater hätten Sie ein paar in die F... bekommen. Herr Wiegand würde das auch ganz gern tun (versucht hat er es ja schon), aber heutzutage haben Tischlergesellen keine Vorliebe für Prügel mehr. Herr Wiegand wundert sich, daß er keine Gesellen bekommt. Wir wundern uns nicht. Also, Kollegen Deutschlands, kommt nach Jena zu Tischlermeister Wiegand, da wird nicht gepiffen, Behandlung ist „schneidig“. Wer hat Lust?

Leipzig. (Modell- und Fabrikfischer.) In der öffentlichen Versammlung, die am 17. November im Volkshaus stattfand, hielt Kollege Frey von der Zentralkommission in Magdeburg einen Vortrag über die Lage der Modellfischer. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der Organisation unter den Modellfischern erwähnte er unter anderem, daß die statistische Aufnahme ergeben hat, daß im Gau Chemnitz die niedrigsten Löhne gezahlt werden, dabei herrscht hier die längste Arbeitszeit, und dazu werden noch die meisten Überstunden gemacht. Sogar in Leipzig werden weit schlechtere Löhne gezahlt als in Magdeburg. Die Notwendigkeit, auf die Erzielung besserer Löhne bedacht zu sein, wurde auch von anderen Kollegen betont. Bedauert wurde auch der verhältnismäßig schwache Besuch der Versammlung und daran der Wunsch geäußert, daß die Kollegen in der Agitation nicht erlahmen. Ein wichtiges Hilfsmittel für die Agitation ist die politische und gewerkschaftliche Arbeiterpresse, für deren Verbreitung einzutreten Pflicht jedes Mitglieds ist. — Das Umschauen ist in Leipzig verboten.

Mannheim. (Modellfischer.) In einer Vertrauensmännerziehung wurde beschloffen, die Kollegen vor Zugug zu

warnen. Der jetzige flauere Geschäftsgang hat zahlreichen hier anständigen Modellfischern die Entlassung gebracht. Die auswärtigen Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht mit der Bitte, Mannheim in nächster Zeit möglichst zu meiden. Die durchreisenden Kollegen werden gebeten, den Arbeitsnachweis, welcher sich auf dem Verbandsbureau befindet, zu benutzen und nicht durch Nachfragen in den Fabriken einen schädigenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszuüben.

Mühlhausen i. G. Wie die „Christen“ kämpfen, davon ein Beispiel. Unser Gauvorsteher Kollege Raub sprach erst kürzlich in einer ziemlich gut besuchten Versammlung über: „Ein Rückblick auf unsere Verbandsstätigkeit und unsere zukünftigen Aufgaben“. Ein christlicher Herr Bacher (in Ungaben ihm unsere Kollegen nichts zu tun, nur soll er vernünftig im Auftrag seines Verbandes sein Recht in Mühlhausen leuchten lassen) hielt eine dreiviertelstündige wohl-einkundigte Gladbacher Rede. Mit keinem Wort berührte er das Referat unseres Referenten. Kollege D. hob in der Diskussion hervor, er kenne den Bacher nicht, aber die Loyalität der „Christen“ sei wunderbar. In diesem Jahr hatten wir mit jener Organisation eine Lohnbewegung. Ohne jeglichen Mißton gingen die gemeinschaftlichen Sitzungen vonstatten. Die Bewegung schloß den Verhältnissen entsprechend ziemlich günstig ab. Die Kollegen erhielten täglich 20, 30, einige 40 Pf. Mehrlohn. Trotzdem habe die christliche Organisation vor einigen Wochen in einem Saal, der 400 Personen faßt, eine Versammlung einberufen, zu der aber nur 22 Arbeiter erschienen sind. Referent war ein gewisser Röb-lach. Auf dem Einladungszettel stand: „Wer das schofle und verräterische Treiben der Zahlstelle Mühlhausen des Deutschen Holzarbeiterverbandes kennen lernen will, wolle in der Versammlung erscheinen.“ Wenn man nun vorstehendes aufmerksam beachtet, müssen wir uns fragen: Sollen wir uns in unseren Versammlungen von den Jesuiten, die unsere Kollegen wegen ihrem Dialekt auslachen, die Zunge wie die Gassenjungen nach ihnen herausstrecken, die Zeit wegstehlen lassen? Wir sind der Meinung, daß unsere Versammlungen nie der Tummelplatz jener Deutschen werden dürfen. Daß jener „christliche“ Held im Schlußwort und in der Diskussion ordentlich zugelegt wurde, versteht sich am Rande.

Senftenberg. Der Bevollmächtigte der hiesigen Zahlstelle ist von einem Schwindler, der sich als Tischler Richard Hartung, geboren 1875 zu Blankenstein, ausgab und sich mit einem auf diesen Namen lautenden Abzugsattest legitimierte, um einen ansehnlichen Unterstützungsbeitrag geprellt worden. Dieser Fall sollte Reiseunterstützungsauszahlern zur Warnung dienen.

Singen. In der Fenster- und Lädenfabrik von H. Mac wurde kürzlich ein Arbeiter entlassen, weil er im Sommer den Lohn so in die Höhe geschraubt habe. So wurde von seiten des Unternehmers zur Begründung angeführt. Tatsächlich liegt nun die Sache anders. Zweimal wollte der betreffende Kollege im Sommer von dem sehr teuren Orte Singen fort, da man in vielen Großstädten billiger leben kann als hier. Da war es der Herr Mac, der den Arbeitern zweimal einen Pfennig aufbesserte, der auch heilig Winterarbeit versprach. Da das gegebene Versprechen nicht gehalten wurde, liegt die Vermutung nahe, daß die Kollegen, die sich bei der Lohnbewegung beteiligten, so einzeln befristet werden sollen. Wenn der Herr Mac und sein Werkführer glauben, daß sie dadurch etwas erreichen, dann sind sie auf dem Holzwege. Die hohen Lebensmittelpreise und Mieten bedingen auch höhere Löhne, und dem wird sich kein vernünftiger Arbeiter und Arbeitgeber verschließen können. Oder kann man vielleicht im Winter billiger leben als im Sommer? Wir glauben das Gegenteil; warum soll man dann im Winter billiger arbeiten. Die Herren Meister wissen auch ihre Kalkulation jederzeit entsprechend einzurichten. Jedenfalls sollten sämtliche hier zugereisten Kollegen das Umschauen unterlassen und sich bei der Sozialverwaltung melden, bevor sie hier Arbeit nehmen. Den hiesigen Kollegen sei hiermit empfohlen, immer auf das Amt zu sein und stets für die Aufrechterhaltung und Kräftigung des Verbandes zu sorgen.

Trossingen. Mit welchen Schikanen die Trossinger Fabrikanten, namentlich Herr H. Koch, mit ihren von auswärts engagierten Arbeitern verfahren, das sollte man manchmal gar nicht für möglich halten. Erst werden die Arbeiter förmlich gebeten, nach hier zu kommen, und wenn sie hier sind, werden sie schlecht behandelt, und wenn sie gegen eine solche Behandlung protestieren, gar noch kündigungslös entlassen! Dabei zeichnet sich der junge Herr Koch durch ein besonders rigoroses Verhalten seinen Arbeitern gegenüber aus. Die Kollegen werden in ihrem eigenen Interesse gut tun, Trossingen nicht zu überlaufen.

Wiesbaden. Die noble Handlungsweise der Firma Gail Witwe Dieblich-Wiesbaden, Inhaber Otto Gail, Vorsitzender des Arbeiterschutzbundes, unseren Kollegen gegenüber zwingt uns, den Raum der Holzarbeiter-Zeitung in Anspruch zu nehmen, damit die Kollegen Deutschlands den vornehmen Sinn des Firmeninhabers der Lädenfabrik kennen lernen. Herr Gail hat, um die Kollegen in seinem Betrieb immer hübsch folgsam zu erhalten, im Laufe des Jahres sämtliche Werkstattvertrauensmänner entlassen, im vorigen Jahre unseren Kassier und im Februar dieses Jahres einen Beisitzer der Wiesbadener Sozialverwaltung. Die Kollegen faßten diese Entlassung als Maßregelung auf und reichten sämtlich die Kündigung ein. In der darauf stattfindenden Unterhandlung mit dem Bevollmächtigten der Zahlstelle Wiesbaden tritt Herr Gail die Maßregelung ab und behauptete, es handle sich um Entlassung infolge Arbeitsmangel. Da der Kollege ihm nachwies, daß in diesem Falle eine Maßregelung vorläge und die Kollegen das Recht hätten, die Arbeit niederzulegen, erklärte Herr Gail prozig: „Mir ist es recht, denn ich habe doch nichts zu tun!“ Um es nicht zum Äußersten kommen zu lassen, einigte man sich dahin: „Der Kollege geht“, jedoch verpflichtete sich Herr Gail ehren-

wörtlich, Staubabsaugvorrichtungen an die Maschinen anbringen zu lassen, desgleichen Wasserleitung zum Trinken im Hof. Jedoch, was geniert's den noblen Herrn, wenn die Arbeiter an Erkrankungen der Atmungsorgane dahinstrecken, Staubabsaugvorrichtungen sind bis heute noch nicht vorhanden. Ebenso können die Kollegen feinetwegen verdursten oder warmes Wasser trinken, um den Staub ein wenig hinunter zu spülen. Doch die Krone setzte der Herr seiner edlen Gefinnung auf, indem er in der vorigen Woche 37 Kollegen, welche etwas höhere Löhne hatten, darunter unseren zweiten Vorsitzenden, welcher 9 Jahre bei ihm beschäftigt war, entließ. Das geschah wohl, um im April 1907 bei Einführung der 9stündigen Arbeitszeit, den Kollegen nicht die laut Vertrag ihnen zustehende 7prozentige Lohnerhöhung zahlen zu müssen. Da Herr Gail darauf reflektiert, daß er im Frühjahr 1907 billigere Arbeitskräfte genikend bekommt, ersuchen wir die reisenden Kollegen, diese Absicht durch Meiden dieses Betriebes zu durchkreuzen. Die Wiesbadener Kollegen gedenken daselbe zu tun.

— (Wagner.) In der am 12. November abgehaltenen Wagnerversammlung wurde beschloffen, eine Statistik über die hiesigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Wagnergewerbe aufzunehmen. Wir können alsdann unseren Kollegen und den Herren Meistern mit Zahlen beweisen, wie miserabel schlecht hier die Wagner bezahlt sind bei verhältnismäßig langer Arbeitszeit, und daß es infolge der hiesigen Miets- und Lebensmittelpreise fast unmöglich ist, hier leben zu können. Begreiflicherweise arbeiten hier meistens jüngere Kollegen, und der Wechsel ist sehr groß. Unseren Kollegen möge dies als Warnung dienen, die Lust haben, einmal in der Kurstadt Wiesbaden zu arbeiten; dieselben könnten sonst sehr enttäuscht werden. Wir ersuchen auf Grund dieser Tatsachen alle hiesigen Holzarbeiter, in unseren Kollegenreisen dahin zu wirken, daß es der Sektionsleitung leichter wird, auch den letzten Kollegen zu organisieren, um mit Hilfe der Organisation Verhältnisse zu schaffen, die es auch den hiesigen Wagnern ermöglichen, einigermaßen leben zu können. Ferner bitten wir, Wiesbaden vor starkem Zulauf zu verschonen, und verweisen die Kollegen auf unseren gemeinsamen Arbeitsnachweis. (Siehe Anz. d. Bl.)

Zehdenitz. In einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung hielt Kollege Schreiber aus Berlin einen Vortrag über die jetzige Lage und die zukünftige Aufgabe der Holzarbeiter, der mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurde. In der Diskussion wurde auch das Verhalten des Pantinenfabrikanten Käppel einer gebührenden Kritik unterzogen. Dort hatte ein Kollege aus wichtigen Gründen die Arbeit niedergelegt, worauf der Unternehmer alle Arbeiter bis auf einen ausperverte. Als die Arbeitswilligen, auf die Herr Käppel rechnete, ausblieben, machte der Herr einem seiner früheren Arbeiter das Anerbieten, wieder bei ihm in Arbeit zu treten. Als Bedingung stellte er elfstündige Arbeitszeit und 20 Mk. Lohn und dazu sollte der Kollege sich verpflichten, aus dem Verband auszutreten. Zur richtigen Würdigung der Großmut des Herrn Käppel muß erwähnt werden, daß der betreffende Arbeiter vorher 22 Mk. Lohn hatte. In der Versammlung war auch der einzige als Arbeitswilliger bei Käppel tätige Pantinenmacher Marquart erschienen, der erklärte, er würde dem Verband niemals beitreten, da er sonst bei Käppel aufhören müsse, und er sich auch als freier Mann nicht verpflichten könne, die Versammlungen zu besuchen. Der Kriegesverein, dem er angehört, sei nicht gegen den Verband, er müßte aber hinzufügen, daß diese Freundschaft des Kriegesvereins sich nur auf den christlichen Verband erstrecke. Doch hat dieser unter den Zehdenitzer Holzarbeitern keinen Boden finden können.

Sterbetsfel.

- R. Borkowski, geb. 28. September 1869 zu Elbing, gest. 2. Oktober 1906 ebenda.
 - Karl Schneegäß, Polierer, geb. 22. Januar 1864 zu Weissenfels, gest. 20. Oktober 1906 zu Leipzig.
 - Heinrich Jäger, Modellfischer, geb. 1867, gest. 14. Oktober 1906 zu Augsburg.
 - Arambilla Millio, Schreiner, geb. 2. Januar 1884 zu Monza, gest. 20. Oktober 1906 zu Stuttgart.
 - Fridolin Kraus, geb. 30. Januar 1880 zu Vermatingen, gest. 28. Oktober 1906 zu Billingen.
 - Friedrich Kramer, Schreiner, geb. 5. Dezember 1875 zu Röbelsel, gest. 30. Oktober zu Frankfurt a. M.
 - Karl Kleibitz, Korfschneider, geb. 27. Oktober 1866 zu Scheibendorf, gest. 15. Oktober 1906 zu Breslau.
 - Gustav Nikolaus, Tischler, geb. 15. Juli 1868 zu Nesselbeck, gest. 5. November 1906 zu Stettin.
 - Fritz Senft, Schreiner, geb. 13. Januar 1874 zu München, gest. 12. November 1906 ebenda.
 - Fritz Ropp, Tischler, geb. 30. Dezember 1883, gest. 15. November 1906 zu Biegnitz.
 - Eugen Müller, Maschinenarbeiter, geb. 14. November 1872, gest. 15. November 1906 zu Stuttgart.
- Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zugug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Unlaf geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zugug ist fernzuhalten von:

- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Braunschweig, Elberfeld (Schäfer, Bohe & Co.), Halberstadt, Höchst a. M., Kattowitz (Grünfeld), Biegnitz (Krauthahn), Bielefeld, Magdeburg (Mundlos & Co.), Schlichtern, Solingen (Fischer), Weinheim (Schaab), Jülich;
- Klavierarbeitern und Tischlern nach Berlin (Bell & Cie.), Biegnitz (Stammnis), Schwerin (Hospianofortefabrik Gebr. Perzina), Stuttgart;
- Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lauterbach, Lübeck, Wymon;

Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Geringswalde, Partha, Leisnig, Schweitzerhain, Waldheim;
Parquetbodenlegern nach Lübeck;
Drechslern nach Berlin (Walter, Skanie, Panitsch);
Sartgenumdrechslern nach Berlin;
Kammachern nach Berlin;
Hirtenmachern nach Berlin (Jnnungsnachweis), Schöneheide;
Wattinenmachern nach Wittstock, Zehdenick (Käppel);
Knopfmachern und Perlmutterarbeitern nach Berlin;
Mobeltischlern nach Dortmund (Reiz);
Berggoldern nach Lauterbach, Budapest;
Korbmachern nach Altenlande (S. Prigge), Stegnitz (Mommert).

In Berlin dauert der Kammacherstreik unverändert fort. Die Kammfabrikanten weigern sich, die geringfügigen Forderungen der Streikenden anzuerkennen. In der Unternehmerpresse behaupten sie, der Verdienst der Berliner Kammacher betrage wöchentlich 40 bis 50 Mk. Wenn die Kammacher nur annähernd einen solchen Verdienst erreichen würden, so brauchten sich die Fabrikanten doch nicht gegen die Forderung eines Minimallohnes von 50 Pf. pro Stunde bei 52stündiger Arbeitszeit zu sträuben. Die hartnäckige Weigerung, diese Forderung zu bewilligen, beweist eben, daß eine recht bedeutende Anzahl Kammacher weniger verdient. Bei Beginn des Streiks beantworteten alle Unternehmer die Forderung mit einem vervielfältigten Schreiben, das folgende Ausführungen enthält:

Nach reiflicher Prüfung der zurzeit in unserer Branche bestehenden Lohn- und Akkordsätze sind wir zu der Ansicht gekommen, daß uns, gegenüber der in anderen Orten Deutschlands gezahlten Löhne, eine Erhöhung nicht möglich ist, da selbst bei geringen Lohnzulagen eine Konkurrenz mit der Provinz ausgeschlossen wird.

Wir lehnen daher aus diesen Gründen die gestellten Lohnforderungen ab, wie auch die anderen Forderungen für uns undiskutierbar sind.

Nach dieser Begründung der Ablehnung muß man annehmen, daß bei der Kammfabrikation sehr wenig verdient wird und eine Lohnerhöhung nur dann möglich ist, wenn die Fabrikanten die Verkaufspreise erhöhen. Den Angaben der Kammfabrikanten kann man aber nicht ohne weiteres unbedingten Glauben schenken. Sie stellen sehr leichtfertig Behauptungen auf, wie man ja aus den Veröffentlichungen über die Höhe des Verdienstes erfahren kann. Auch über die Möglichkeit einer Lohnerhöhung treffen ihre Ausführungen nicht zu. Im Gegenteil soll die Kammfabrikation noch einen hohen Gewinn abwerfen. Der Kammfabrikant Döbbelin liefert in einer Klageschrift an das Amtsgericht den Beweis, daß ein Kammfabrikant unter sehr günstigen Bedingungen produziert und die geforderten Lohnsätze leicht gezahlt werden können. Das Schriftstück dürfte für alle Kollegen so interessant sein, daß wir es in seinem ganzen Umfang zum Abdruck bringen. Es hat folgenden Wortlaut:

Ab schrift.

In Sachen **Maule gegen Döbbelin.** Berlin d. 14. 11. 06.

Namens des Beklagten beantrage ich unter Aufrechterhaltung des Urteils des Innungsgerichts der Kammacherringung vom 24. Oktober 1906: die Klage abzuweisen und das Urteil wegen der Kosten für vorläufig vollstreckbar zu erklären.

Der Sachverhalt ist folgender:

Der Kläger war Kammschleifer bei dem Beklagten und machte als solcher für 80 Mk. täglich Ware fertig. An dieser Ware verdiente der Beklagte 33 1/3 Prozent, so daß nach Abzug von 4 Prozent Skonto, die er bewilligen mußte, ihm an der vom Kläger gelieferten **Arbeit ein Verdienst von 13 Mk. täglich blieb.**

Beweis: Zeugnis des Werksführers Wilhelm Schweizer. Der Kläger ist unter Nichtinnehaltung der ausbedungenen Kündigungsfrist von seiner Arbeit weggeblieben. Beweis wie vor.

Da er vertraglich noch acht Tage bei dem Beklagten hätte arbeiten müssen, so ist dem Beklagten ein Schaden von 8 mal 13 Mk. gleich 104 Mk. entstanden.

Dafür, daß infolge eines Streikausbruches und infolge des Umstandes, daß der Kläger Streikposten stand und keine Arbeitswilligen zum Beklagten ließ, eine Ersatzkraft nicht zu beschaffen war, wird auf das Zeugnis des Schweizer Bezug genommen.

Unverfänglich ist, inwiefern der Vertrag gegen die §§ 152, 153 der Gewerbe-Ordnung verstößt; denn der Vertrag enthält weder ein Verbot noch eine Strafbestimmung, noch würde er selbst, wenn er ein Verbot enthielte, nichtig sein, da er auch ohne die Bestimmung, daß der Kläger sich verpflichtete, aus dem Holzarbeiter-Verband auszutreten, geschlossen worden wäre.

Ab schrift bei **Rechtsanwalt Hennigson** vertreten durch seinen Generalsubstituten **gez. Danziger, Gerichtsassessor.**

An das **Königliche Amtsgericht** Berlin — Mitte 12 C 2076/06.

Sier sucht also ein Kammfabrikant dem Amtsgericht zu beweisen, daß er an einem Arbeiter täglich 13 Mk. verdient, der fünf Jahre als ungelerner Arbeiter in der Branche beschäftigt ist. Wenn den verschiedensten sich widersprechenden Behauptungen kein Glaube geschenkt wird, so muß man das für richtig halten; was dem Gericht gesagt wird. Es muß als allgemein festgesetzt gelten, daß die Kammfabrikanten einen sehr hohen Gewinn aus der Kammfabrikation heraus schlagen. Im allgemeinen mögen sich die Firmen mit einem geringeren Verdienst begnügen.

Aber es ist trotzdem gründlich widerlegt, daß sie die Forderungen nicht bewilligen können. Nur böser Wille ist es; die Einwirkungen des Scharfmachers Masse stehen einer Verständigung hindernd im Wege.

In der Woche vom 18. bis 24. November wurde in der Kammfabrik Nibel die Arbeit aufgenommen, da eine Einigung über die geforderten Bedingungen zustande gekommen ist. Außer den acht Streitenden von Nibel sind dreizehn Kollegen in anderen arbeitenden Betrieben in Arbeit getreten. Es bleiben am 24. November noch 41 Kollegen im Streik. Die gesperrten Betriebe sind Döbbelin, Beeb, Schweizer, Verbig, Teschke & Thomas und Krasser.

— Von den Berliner Knopf- und Perlmutterarbeitern befindet sich am 24. November noch 27 im Streik, und zwar 21 aus den beiden Betrieben Grinot und Lebach und sechs aus Betrieben, wo die Forderungen bewilligt sind. Bei Lebach hat sich ein Streikbrecher eingefunden, während die Werkstatt Grinot noch leer ist. Zugang ist streng fernzuhalten.

— Am 22. November tagte die Schlichtungskommission für die Berliner Holzindustrie unter dem Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz über die neuen Bedingungen des Vertrages, und zwar über die Punkte Abschlagszahlung, Mindestlohn und Lohnerhöhung. Die Arbeitervertreter begründen diese Forderungen mit der Lebensmittelverteuerung, die heute von niemand mehr bestritten werden kann und die auch die Meister nicht ableugnen können. Selbst Oberbürgermeister Rischner hat im Auftrage des Städtetages in seiner Eingabe an die Regierung nachgewiesen, daß die Lebensmittel bedeutend teurer geworden und die Fleischpreise bis 25 Prozent gestiegen sind. Der Verteuerung entsprechend sollen die Löhne und Akkordpreise etwas erhöht werden. Der Mindestlohn und die Mindestabschlagszahlung soll von 24 auf 27 Mk. erhöht werden. Wenn diese Mindestsätze auch nicht an sämtliche Arbeiter gezahlt werden müssen, so soll es aber in Zukunft ausgeschlossen sein, daß Arbeiter mit 20, 18, 15 und 10 Mk. nach Hause gehen. Die Lohn- und Tarifserhöhungen sind für die einzelnen Branchen verschieden formuliert. Entgegen den Behauptungen der Meister seien die Löhne fast gar nicht gestiegen und heute noch so niedrig, daß sie von den meisten anderen Berufen, ja selbst von Hausdienern übertraffen werden.

Die Meister halten dem entgegen, daß sie wohl die Lebensmittelverteuerung zugeben, jedoch sei sie längst durch die in den letzten zwei Jahren fortgesetzten Verdienststeigerungen ausgeglichen worden. Das Kostgeld von 27 Mk. ist jetzt schon allgemein üblich. Nur alte, ganz junge oder zugereifte Gesellen erhalten weniger Kostgeld, diesen Arbeitern würde der Löhne, ihre Leistungen zu steigern, sehr abgeschwächt, was eine Schädigung des ganzen Gewerbes bedeutet. Die Zahlung eines festen Minimallohnes könne nur bewilligt werden, wenn man Minimalleistungen festsetzt.

Die durch die geforderte Lohnerhöhung notwendig gewordene Preissteigerung der Tischlerarbeiten kann das Gewerbe nicht vertragen, da die Berliner Meister durch die Konkurrenz in der Provinz und im Auslande abhängig sind. Die Art und Weise, wie der Holzarbeiterverband die Löhne erhöhen will, sei verfehlt, denn die geforderte Arbeitszeitverkürzung hebe eine Lohnerhöhung von 5 Prozent wieder auf. Wer aber behaupten will, in den 50 Stunden werde ebensoviel geleistet, wie in 52 Stunden, der gesteht ein, daß er jetzt bei 52 Stunden nicht seine volle Schuldigkeit tut. Die Minimallohnsteigerung führe zur Entlassung und Wollösmachung aller schwachen Arbeiter. Statt 100 Arbeitslosen werde dann der Holzarbeiterverband 3000 auf dem Gasse haben. Wenn der Holzarbeiterverband in seiner Statistik mit niedrigeren Löhnen rechne wie die Meister, so liege das daran, daß eine sechs wöchentliche Arbeitslosigkeit angenommen wird, während doch die meisten Gesellen das ganze Jahr voll arbeiten und auch bei Arbeitslosigkeit der Wochenverdienst nicht auf die Arbeitslosenwochen verteilt werden darf. Spezialtarife für alle Branchen seien undurchführbar. Die Forderungen der Gesellen führen zur Einführung der Teilarbeit und Einstellung ungelerner Arbeiter.

Nachdem sich die Debatte während der ganzen Sitzung in dieser Weise bewegt hatte, meinte der Vorsitzende, Herr v. Schulz: Da auf der einen Seite Forderungen gestellt sind, auf der anderen Seite aber nichts bewilligt worden ist, so wäre es wohl angebracht, daß von dritter Seite Einigungsvorschläge, vielleicht durch das Einigungsamt, gemacht werden. — Dem widersprachen die Arbeitgeber, sie meinten, erst sollten auch alle übrigen Forderungen diskutiert werden. Über die bis jetzt diskutierten Punkte allein könne man keine Abmachungen treffen.

In Celle hat bekanntlich in diesem Jahre ein Stuhl- arbeiterstreik stattgefunden, über dessen Nachwirkungen uns von dort geschrieben ist: „Bislang der Streik offiziell am 20. Juni d. J. für beendet erklärt wurde, gab es doch für die Kollegen keine Ruhe. Man kann wohl sagen, daß erst die letzten Tage den eigentlichen Frieden gebracht haben. Die Unternehmer glaubten uns in ihrer nötig gewordenen neuen Fabrikordnung Bestimmungen, Vorschriften, Strafen, Verbote usw. vorlegen zu können, die einem Stumm alle Ehre gemacht hätten. Aber nur zeigten sich die Folgen des Streiks. Durch das Verhalten der Fabrikanten während der Bewegung wurde die Arbeitererschaft wie mit Ketten zusammengeschlossen, und an dieser Tatsache scheiterte das Bestimmen der Unternehmer. Die Arbeiter verwarfen in den Versammlungen die vorgelegten Verschlechterungen, und Schritt für Schritt wichen die Unternehmer zurück. Paragraph für Paragraph wurde nach den Wünschen der Arbeiter geändert oder gestrichen. Man hatte an den 13 Wochen offenbar genug. Ja, Herr Mundhenke hielt es für besser, die Fabrikordnung durch die Firma Kruntwiede und deren Ausschuß beraten zu lassen, um nur ja nicht mit seinen Leuten in Konflikt zu kommen. Die Zustände bei der Firma Mundhenke waren aber auch für deren Chef keine rosig; er wollte die Fabrikation weißer Möbel einrichten und hatte nur drei Tischler. Trotz der Inserate in allen möglichen Blättern kamen und gingen oft 6 bis 8 Kollegen in einer Woche. Man mußte endlich doch den Arbeitsnachweis des Verbandes anerkennen, um nur brauchbare Arbeitskräfte zu bekommen und zu halten. Auf die materiellen Erfolge wollen wir im einzelnen nicht weiter eingehen, es genügt wohl, darauf hinzuweisen, daß der Durchschnittsverdienst, der vor dem Streik 19,70 Mk. betragen hatte, auf 21,84 Mk. nach dem Streik gestiegen ist. Es ist uns sogar möglich gewesen, etwelche Akkordsätze noch im Laufe der letzten Wochen bedeutend zu erhöhen. Auch durch Änderung der Arbeitsmethoden ist manches gebessert worden. — Doch was haben wir aus dem Streik für Erfahrungen gesammelt? Da müßten wir die Fragen aufwerfen: War die Stuhlfabrikation so rentabel, daß man es auf 13 Wochen antommen lassen konnte? Oder war es den Unternehmern möglich, so viel Stühle von auswärts zu bekommen, daß man die Lieferungsverträge innehalten konnte? Oder aber hat man den Streik respektive die Aussperrung in Geringswalde und Celle vielleicht dazu benutzt, eine veränderte Marktlage zu schaffen, um die Preise der Fabrikate zu erhöhen? Diese

Fragen sind ohne weiteres mit Ja zu beantworten. Der Ding hat die Verkaufspreise heraufgesetzt. Stühle sind während des Streiks verschiedentlich auf Umwegen an die Kunden gelangt. Also, während wir im Kampfe lagen, wurde an anderen Orten, vielleicht mit verlängerter Arbeitszeit, Streikarbeit gemacht. Dies künftig zu verhindern, wird unsere vornehmste Aufgabe sein müssen. Die Konferenz unserer Branche, die schon zum 28. und 29. Dezember einberufen ist, hat sich auch hiermit zu befassen. Auch die Stellenvermittlung steht mit an erster Stelle. Nun bitten wir die Kollegen der Branche: Seid tätig, sammelt Material, damit wir nicht mit leeren Händen zur Konferenz antreten. Der hohen Kosten wegen müssen wir ganze Arbeit leisten zum Wohle der Kollegen unserer Branche.

In **Estebritage** respektive in Altenlande ist die Lohnbewegung der Korbmacher beendet. Es ist ein Tarif mit den Meistern abgeschlossen worden, welcher eine circa zehnprozentige Lohnerhöhung auf Akkordarbeit enthält; auch ist die Arbeitszeit um sechs Stunden die Woche gekürzt; sie beträgt jetzt 60 Stunden, der Stundenlohn beträgt 40 Pf.; Überstunden werden mit 10 und Sonntagsarbeit mit 15 Pf. Aufschlag die Stunde vergütet. Mit Ausnahme von einem Meister haben sämtliche Arbeitgeber bewilligt. In dieser Werkstatt kommen noch zwei Kollegen in Betracht, welche unorganisiert sind, ein organisierter Kollege ist anderweitig untergebracht. Wenn auch nicht unsere Forderungen voll und ganz bewilligt sind, so haben wir uns doch eine gesunde Grundlage geschaffen, auf der weitergebaut werden kann.

In **Schwarzwald** macht die Bewegung der Uhrenarbeiter weitere Fortschritte. Im Laufe der letzten Zeit fanden in den Uhrenindustriorten imposante Massenversammlungen statt, welche von den Verbänden der Holzarbeiter und Metallarbeiter einberufen waren. Die Ausführungen der Referenten wurden von den Versammelten mit großem Beifall aufgenommen. Auf die seitens der Verbände an die Unternehmer und Fabrikanten eingereichten Vorschläge und Forderungen zur Hebung der Lage der gesamten Industrie haben die Unternehmer bis heute kein befriedigendes Entgegenkommen gezeigt. Bis zum Eingang dieses Berichtes steht zwar eine weitere Entscheidung des gesamten organisierten Unternehmertums noch aus, und darf man wohl erwarten, daß diese Entscheidung befriedigender für die Arbeiter lautet, wie die bisherigen. Seitens unserer Verbände ist bisher alles geschehen, um eine ernste Katastrophe von der Uhrenindustrie fern zu halten. Darüber aber können sich die Unternehmer nicht mehr im unklaren sein, daß eine Erhöhung der Löhne der Uhrenarbeiter eine unbedingte Notwendigkeit ist, wenn nicht eine allgemeine Degeneration der Arbeitererschaft und damit auch eine verminderte Leistungsfähigkeit derselben eintreten soll, die doch nur zur unausbleiblichen Schädigung der gesamten Industrie und damit auch zum Ruin der Unternehmer führen muß. Werden denn die Unternehmer endlich einmal einsehen, daß nur auf dem von der Arbeitererschaft und deren Verbänden vorgeschlagenen Weg eine allgemeine Gesundung der traurigen Lage der Industrie herbeigeführt werden kann. Die Unternehmer sollten es den Arbeitern danken, wenn diese den Weg zur Besserung der Lage zeigen, dann auch diesen Weg beschreiten und nicht in jeder Forderung der Arbeiter eine Schädigung der Lage erblicken wollen. Die christlichen Organisationen sehen heute scheel und neidisch auf das Vorgehen der freien Verbände und ergehen sich in den unfähigsten Schimpfereien über die klaren und verständlichen Wege, welche seitens unserer Organisationen eingeschlagen werden. Wir sind ja von dieser Seite nichts anderes gewöhnt, also schenken wir es den Leuten.

In **Verdan** haben sich die Verhältnisse in der Sächsischen Waggonfabrik, nachdem wiederholt erfolglos um Abstellung der empfindlichsten Mängel nachgesucht wurde, statt dessen aber am Sonnabend den 17. November die Maßregelung zweier Kollegen erfolgte, dermaßen zugespitzt, daß die Kollegen die Kündigung einreichten, wobei sie wie gewöhnlich auf später vertröstet wurden. Eine Kommission, die am Montag früh vorstellig wurde, um die Zurücknahme der Maßregelung zu erreichen, wurde von Stunde zu Stunde vertröstet. Als dann schließlich die Mitteilung kam, daß die Firma die erfolgte Kündigung nicht annahm, legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder. Ein Versuch des telephonisch herbeigerufenen Gauvorstehers, eine Verständigung herbeizuführen, wurde zurückgewiesen; die Direktion erklärte sich nur bereit, mit den Arbeitern ihres Betriebes zu verhandeln. Dem wurde entprochen, doch konnte sich die Direktion auch jetzt noch nicht zu bestimmten Zusagen entschließen, vielmehr wurde verlangt, die Kommission möge am Donnerstag noch einmal vortreten. Nunmehr stellten die Kollegen folgende Forderungen; 1. Wiedereinstellung der beiden gemapregelten Kollegen. 2. Festlegung des bewilligten Jehntunderttages und der entsprechenden Lohnzulage. 3. Herbeischaffung der schon im Februar versprochenen Maschineneneinrichtung. 4. Bei Warten auf Arbeit oder Material ist der Lohnausfall im Stundenlohn zu ergänzen. Als die Kommission diese Forderungen überreichte, erhielt sie nach langem Warten eine schriftliche Antwort, in welcher mitgeteilt wird, daß es bei der Entlassung der gemapregelten Kollegen sein Bewenden habe. In bezug auf die übrigen Forderungen wurden einige nichtsagende Reden gemacht, zum Schluß ergeht an die Arbeiter die Aufforderung, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen gegen das Versprechen, daß ihnen nichts nachgetragen werden soll, andernfalls aber sollen alle in letzter Zeit gemachten Zugeständnisse zurückgezogen werden. Nach einer gründlichen Aussprache wurde von den Kollegen beschlossen, der Direktion zu empfehlen, mit einem Vertreter unseres Verbandes zu verhandeln. Es befinden sich nunmehr 40 Kollegen im Ausstand. Ein Teil von ihnen ist abgereist oder anderweitig in Arbeit getreten, und wenn der Zugang ferngehalten wird, wird sich auch die Direktion genötigt sehen, die beschiedenen Forderungen zu bewilligen.

Ausland.

In **Zürich** sind bei der Firma Maurer-Widmer, Passpartout, Spiegel- und Rahmenfabrik sämtliche Arbeiter in Ausstand getreten. Veranlassung dazu gab „Nichtinnehaltung einer Vereinbarung“, nach welcher sich obige Firma verpflichtete, einem Streikbrecher keine Heimarbeit mehr zu geben.

Aus der Holzindustrie.

Liebliche der Unternehmer.

Die christlichen Holzarbeiter haben in den letzten Jahren sich mit gutem Erfolg bemüht, sich die Zuneigung der Unternehmer zu erwerben. Oft genug förderten sie mit ihren Quertreibereien bei den Lohnbewegungen der Arbeiterschaft die Interessen des Unternehmertums. Für derartige Quertreibereien hat das organisierte Unternehmertum stets gutes Verständnis. Und als die Christlichen bei der vorjährigen Lohnbewegung in Öln nun gar dazu übergingen, die von unseren Ölnern Kollegen bestreikten Betriebe mit Arbeitswilligen zu besetzen und in allen Zahlstellen des Verbandes Streikbrecher für Öln zu werben, da hielten die Unternehmer mit ihrer Anerkennung des christlichen Arbeitervertrats nicht mehr zurück. Offen wurde von dem Führer der Ölnern Unternehmer, Herrn Fobbe, in der Meisterversammlung erklärt, daß es nur dem Christlichen Holzarbeiterverband zu danken sei, wenn der Streik von den Unternehmern mit Erfolg abgewehrt wurde. Und diese Anerkennung kam ja vor zwei Monaten wiederum zum Ausdruck, als die Ölnern Bauunternehmer die gesamte Ölnern Bauarbeiterschaft einschließlich der christlichen mit einer Aussperrung bedrohten. Nur die Streikbrecher und die christlichen Holzarbeiter sollten von einer Aussperrung verschont bleiben, letztere in Rücksicht auf ihre Streikbrecherdienste beim letztjährigen Ölnern Schreinerstreik.

So hat sich bei den Unternehmern nach und nach die Überzeugung tief eingewurzelt, in den christlichen Holzarbeitern habe man es mit einer Arbeiterkategorie zu tun, die zu jedem Arbeiterrat fähig sei, wenn das Interesse der Unternehmer das erfordere. Und des Öfteren wurde uns deshalb bei Streiks schon mit der Heranziehung von christlichen Holzarbeitern gedroht, wenn wir den Unternehmern nicht klein beigaben. So erst neulich in Lübeck, wo unseren Kollegen zugemutet wurde, die Arbeit zu einer Arbeiterorganisation unzulässigen Bedingungen aufzunehmen, im anderen Falle man die Unternehmer die Arbeitsstellen mit Hilfe des christlichen Holzarbeiterverbandes besetzen wollten. Unsere Kollegen haben sich durch diese Drohungen natürlich nicht einschüchtern lassen, bezeichnend ist dieser Vorgang aber immerhin für die Wertschätzung, welche der christliche Holzarbeiterverband als Streikbrecherorganisation bei den Unternehmern genießt.

Und noch ein anderer Vorgang aus letzter Zeit ist dafür bezeichnend: Im Frühjahr dieses Jahres traten unsere Kollegen in Frankfurt a. D. in einen Streik um Eringung der neunstündigen Arbeitszeit und 5 Pf. Lohnerhöhung. Durch das Eingreifen der Firma Manz & Gerstenberger, die gar nicht befreit war, endete der Streik nach neunwöchiger Dauer mit einer Niederlage der Arbeiter. Herr Gerstenberger hat von jeher unseren Verband mit den brutalsten Mitteln bekämpft, und sein Eingreifen in diese Bewegung geschah wohl in der Hauptsache ebenfalls zur Schwächung unserer Organisation. Erklärte er doch noch bei Beendigung des Streiks „der Deutsche Holzarbeiterverband wird in Frankfurt mit Stumpf und Stiel ausgerottet“. Und hat er doch jüngst erst wieder 11 unserer Kollegen allein wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verband gemäßregelt. Derselbe Gerstenberger, der unsere Organisation mit Stumpf und Stiel ausrotten will, veröffentlicht nun in letzter Nummer des christlichen „Holzarbeiter“ folgende Annonce:

500 Tischler, Stellmacher und sonstige Holzarbeiter, Möbelpolierer sowie geschickte Handarbeiter, möglichst verehrlert, zur Befehung unserer neuen Fabrik für Dezember 1906 — Januar 1907 gesucht.

Werklohn 15 bis 23 Mk. pro Woche, je nach Leistung, bei zehnstündiger Arbeitszeit und leichter, freimäßiger Beschäftigung. Mindestlohn 11 Mk. pro Woche. Beschäftigung ist dauernd. Wohnungsverhältnisse und Lebensunterhalt sind am Orte die denkbar günstigsten.

Meldungen an
Manz & Gerstenberger, Möbelfabrik, Frankfurt a. D.

Auch bei Herrn Gerstenberger, dem brutalen Herrenmenschen, muß doch die Überzeugung tief eingewurzelt sein, daß sich die christlichen Holzarbeiter als Werkzeuge im Kampfe gegen den Deutschen Holzarbeiterverband gut gebrauchen lassen. So sind die Mitglieder des Christlichen Holzarbeiterverbandes dank der zweifelhaften Lattit desselben zu Lieblingen gerade des scharfmacherischen Unternehmertums geworden, eine Stellung, um die sie kein überzeugter Gewerkschafter beneiden wird.

Die schöne Lohnlücke. Der „Vorwärts“ schreibt: Ein origineller Kopf ist zweifellos der Inhaber der Hornknopfabrik von Lohbach & Co. in Reinickendorf, woselbst sich die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes usw. gegenwärtig im Streik befinden. Dieser humane Arbeitgeber hat's entdeckt, nämlich die Grundursache, weshalb es dem Arbeiter schlecht geht. Des Rätsels Lösung ist dem großen Manne sogar spielend leicht gelungen. Aus diesem Grunde hat er es auch wohl gar nicht der Mühe für wert gehalten, die Welt mit einer wissenschaftlichen Abhandlung über seine Auffassung von den Ursachen des Arbeiterelends zu beglücken. Er begnügt sich vielmehr in übergroßer Bescheidenheit, das Ergebnis seiner leider etwas hornknopffigen Sozialphilosophie gewissermaßen programmatisch auf den Lohnlücken der Fabrik festzulegen. Die Lohnlücke jedes Arbeiters ist nämlich mit folgenden genialen Leitfäden bedruckt:

Warum er nicht vorwärts gekommen ist!
Weil er fortwährend nach der Uhr sah,
Weil er die Sache nicht recht anfaßte,
Weil er kein Vertrauen zu sich hatte,
Weil er immer sagte: „Das habe ich vergessen“,
Weil er aus seinen Fehlern nichts lernte,
Weil er sich nichts überlegte,
Weil er stets nach unten, nicht nach oben sah,

Weil er sich niemals auf eigene Verantwortung zu handeln traute,
Weil er zu faul war, zu lernen, was er nicht konnte,
Weil er nicht einfaß, daß nicht in der Bezahlung, sondern in der zum Lernen gebotenen Gelegenheit der beste Teil seines Lohnes bestand.

Bei der Firma Lohbach ist in der Tat die „zum Lernen gebotene Gelegenheit“, nämlich die so famos bedruckte Lohnlücke der „beste Teil des Lohnes“; ihr Inhalt ist gegenüber der wertvollen Schale so geringfügig, daß diese Tatsache die Arbeiterschaft mit in die Bewegung hineingetrieben hat. Vielleicht lernt aber auch Herr Lohbach aus der gegenwärtigen Bewegung seiner Arbeiter, daß diesen allein mit schön bedruckten Lohnlücken auch nicht gedient ist, sondern daß außer der zum Lernen gebotenen Gelegenheit auch solche zum Sattessen vorhanden sein muß.

In der Holzindustrie hat nach dem Reichsarbeitsblatt im Monat Oktober die Beschäftigung gegenüber dem September teilweise nachgelassen; in der Hauptsache wird sie aber weiter als gut bezeichnet. Die Sägewerke und Holzbearbeitenden Betriebe hatten meistens flott zu tun. In Kisten- und Fassfabriken trat namentlich in der zweiten Monatshälfte eine Verschlechterung auch gegenüber dem Vormonat ein, doch blieb die Geschäftslage befriedigend. Der Pianofortebau hatte lebhaft zu tun, die Bühne steigerte. Aus der Möbelfabrikation lauten die Berichte verschieden. In Stuttgart und bei der Mehrzahl der Berliner Betriebe blieb die Beschäftigung reger; in anderen Orten ließ sie nach. In Berlin fehlten Arbeitskräfte. Im Waggonbau haben die Bestellungen nachgelassen. Die Arbeitszeit war normal. Dagegen hatten die Waggonfabriken auch im Oktober gut zu tun. Teilweise wurde mit Überstunden gearbeitet. Auch die Spielwarenindustrie war stark beschäftigt.

Letzte Jahre. Die Vereinigte Maschinenfabrik Augsburg und Nürnberg veröffentlicht den Verwaltungsbericht des Jahres 1905/06, aus dem hervorgeht, daß der Reingewinn gegenüber dem Vorjahr von 1847799 Mk. auf 2418786 Mk. gestiegen und deshalb den notleidenden Aktienären die Dividende von 18 1/2 Prozent im Vorjahr auf 17 1/2 Prozent erhöht werden konnte. Der Bericht spricht sich durchaus befriedigend über die Aussichten im kommenden Jahre aus. Bestellungen liegen bereits um 10 Millionen mehr vor zurzeit als im Vorjahr. Über die gesteigerten Löhne schweigt sich der Bericht aus. Bekanntlich wurden die Arbeiter dieser Werke im Vorjahr ausgespart, weil sie es wagten, ein paar Pfennige mehr Lohn zu fordern, dafür gründete man mit einem Beitrag von 100000 Mk. eine gelbe Gewerkschaft, um auch in Zukunft ungestört zu sein in der Ausbeutung. Wann endlich werden auch den zahlreich in diesem Werke beschäftigten Arbeiter die Augen aufgehen? Hoffen wir, recht bald, ehe die sieben mageren Jahre angebrochen sind.

Die Sächsische Holzindustrie, Akt.-Ges., Rabenau verteilt für 1905/06 8 Prozent (im Vorjahr keine) Dividende. Die Verwaltung teilte mit, daß die Gesellschaft jetzt voll mit Aufträgen versehen sei. Das Unternehmen habe unter der österreichischen Konkurrenz zu leiden, die infolge der herabgesetzten Eingangszölle den heimischen Markt mit ihren Produkten überschwemme, die Verwaltung beabsichtige die Einführung neuer Fabrikationszweige. Im allgemeinen sei im neuen Jahr auf ein besseres Erträgnis zu hoffen.

Akt.-Ges. für Eisenbahn- und Militärbedarf, Weimar. Die Gesellschaft zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr 5 Prozent Dividende. Das Unternehmen sei auf längere Zeit noch stark mit Aufträgen versehen.

Die Berliner Drechslerinnung hat in ihrer letzten Quartalsversammlung einen Preisausschlag von 10 bis 20 Prozent beschlossen. Diese Mehrforderung wurde nach der „Zeitschrift für Drechsler, Eisenbeingraveur und Holzbildhauer“ nicht allein durch die schon bestehenden ungünstigen Verhältnisse begründet, sondern auch durch die Mehrforderung von Löhnen der Gesellen und Arbeiter. Die Innung stehe dem Bestreben der Gesellen, ihre Lage zu verbessern, wohlwollend gegenüber, vermene aber nicht, daß die bisherigen Preise eine Abschöpfung nicht ertragen, so daß ein Preisausschlag in genannter Höhe erforderlich sei.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaft und Politik.

Über diese Frage macht Genosse Max Maurenbrecher in der letzten Nummer der „Neuen Gesellschaft“ folgende interessante Ausführungen:

Unlängst wurde im Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften eine Debatte geführt, in der festgestellt wurde, daß die internationale Arbeiterassoziation in den sechziger Jahren die Gewerkschaften zum eigentlichen Träger der Arbeiterbewegung habe machen und die Organisation der Arbeiterklasse der verschiedenen Länder zunächst in Gewerkschaften habe durchführen wollen. Das ist eine geschichtliche Tatsache, an die es gut ist, gerade jetzt wieder zu erinnern. Tatsächlich haben damals die ersten Wortkämpfer der Arbeiterbewegung geglaubt, es sei überhaupt nicht nötig, die Arbeitermassen in bestimmten Parteiverbänden zu organisieren; es komme nur darauf an, sie bei ihren wirtschaftlichen Interessen zu packen und in Berufsvereinen zu sammeln, und innerhalb dieser Berufsvereine werde die politische Schulung, das Erwachen des proletarischen Klassenbewußtseins ganz von selber vor sich gehen als Folge der wirtschaftlichen Zustände, in denen die Arbeiter leben, nicht aber als Folge einer theoretischen Lehre, die von außen an sie heran gebracht wird.

Denselben Gedanken, daß die Gewerkschaften die eigentliche Grundlage der Arbeiterorganisationen sind, kann man bereits im kommunistischen Manifest entdecken.

Dort wird zwar, wie bekannt, der Frage der Organisation der Arbeiterklasse nur eine geringe und beiläufige Aufmerksamkeit geschenkt. Das Interesse der Verfasser liegt vielmehr bei dem zweiten Punkt der proletarischen Emanzipation, bei der Eroberung der politischen Macht. Zu dieser

will das kommunistische Manifest die Arbeiter aufrufen und anleiten. Diese sieht sie im Verfolg der kommenden bürgerlichen Revolution schon dicht vor der Tür stehen. Die Organisation des Proletariats zur Klasse, die diesen Kämpfen um die politische Macht vorausgehen muß, wird daher im kommunistischen Manifest nur mit wenigen Worten gestreift. Diese wenigen Worte aber zeigen, daß die Organisation, die den Verfassern vorschwebt nach unseren Begriffen eine rein gewerkschaftliche ist.

Es heißt nämlich dort (S. 15 der 6. Ausgabe): „Über mit der Entwicklung der Industrie vermehrt sich nicht nur das Proletariat, es wird in größeren Massen zusammengebracht, seine Kraft wächst und es fühlt sie mehr. Die Interessen, die Lebenslage innerhalb des Proletariats gleichen sich immer mehr aus... immer mehr nehmen die Kollisionen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen Bourgeois den Charakter von Kollisionen zweier Klassen an. Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns, sie stiften selbst dauernde Assoziationen, um sich für die gelegentlichen Empörungen zu verproviantieren. Stellenweise bricht der Kampf in Gemeuten aus — von Zeit zu Zeit siegen die Arbeiter, aber nur vorübergehend; das eigentliche Resultat dieser Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter. Sie wird befördert durch die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten mit einander in Verbindung setzen. Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalitäten von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren. Jeder Klassenkampf ist aber ein politischer Kampf, und die Vereinigungen, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Witzalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zustande.“

Diese Organisation zur Klasse und damit zur politischen Partei hat also eine rein gewerkschaftliche Basis. Die Alltagskämpfe des Arbeiters gegen den Kapitalisten sind die Ursache, die zum Erwachen und zur Organisation des Proletariats führen. In dem Augenblick aber, so meint das Manifest, wo die Arbeiter sich darüber klar werden, daß ihre Kämpfe allerorten dieselben sind, in dem Augenblick wird der Entschluß in ihnen wach, die politische Macht zu erobern. Wir wissen heute, welche langen Entwicklungsreihen in diesem einen Satze verborgen sind, welche Unsumme religiöser, kirchlicher, patriotischer, bürgerlicher und sonstiger Überlieferungen erst zu überwinden, wie schwer die der Organisation entgegenstehenden Tendenzen der Verelendung, Verjüngung, Verdummung, Veralkoholisierung aufzuheben sind. Trotzdem hat die Erfahrung des letzten Menschenalters zur Genüge gezeigt, daß nur die gewerkschaftliche Organisation geeignet ist, welche in die indifferenten Massen hineinzulegen, und daß es richtig ist und richtig bleibt, die Aufklärung indifferenter Arbeitermassen durch die gewerkschaftliche Agitation zu beginnen.

Daß diese Auffassung, die im Jahre 1847 und in den sechziger Jahren die Auffassung von Marx und Engels war, auch bis in die letzten Zeiten seines Lebens hinein die Auffassung von Engels geblieben ist, beweist der Sorgfältige Briefwechsel, der unlängst veröffentlicht wurde. An vielen Stellen ist dort davon die Rede, daß Gynndman und seine Freunde die Agitation am falschen Ende begannen, daß sie die Entwicklungslehre des Marxismus in ein starres Dogma verkehrt hätten, das den Anhängern zum Auswendiglernen dargeboten würde. (Siehe zum Beispiel S. 868.) Immer wieder weist Engels darauf hin, daß es der neue Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung sei, der mit dem Doxerstreik und mit dem Gasarbeiterstreik begann, der die Arbeiter zu sammeln und aufzuklären bestimmt sei. Immer wieder führt er aus, wie von den nachfolgenden gewerkschaftlichen Interessen aus der Blick des Arbeiters auch für die Tatsache des politischen Klassenkampfes sich öffnen werde, sobald ihm einmal feststehe, daß alle bürgerlichen Parteien seine Gegner seien.

Ebenso heißt es für Amerika: „Also mit Trade Unions usw. muß es anfangen, wenn es Massenbewegung sein soll“ (S. 829), und bei Erwähnung eines Streikes, der zwischen den amerikanischen Sozialisten und dem Führer der amerikanischen Gewerkschaften, Gompers, ausgebrochen war, sagt Engels, es wäre doch besser gewesen, sich mit Gompers, „der jedenfalls mehr Arbeiter hinter sich hat als die sozialistische Arbeiterpartei“, gut zu halten und eine möglichst starke Vertretung auch dieser Leute auf dem internationalen Arbeiterkongress zu sichern. „Die Leute sehen dort manches, was sie an ihrem bornierten Trade Unions-Standpunkt irre macht — wo wollt ihr denn ein Rekrutierungsfeld finden, wenn nicht unter den Trade Unions.“ (S. 854.) Ähnlich hat Engels für Deutschland gerade aus dem Bergarbeiterstreik von 1889 eine hervorragende Förderung des sozialdemokratischen Erwachens der Massen erwartet.

Es ist überall dieselbe Methode, die von diesen ersten Führern der Arbeiterbewegung vorgeschlagen wird; überall handelt es sich darum, die Massen zu gewinnen nicht durch theoretische Auseinandersetzungen und theoretische Programme, sondern durch Anteilnahme an die momentan gerade drängenden und die Massen bewegenden Fragen, überall schwebt aber über dieser Alltagsarbeit das große Zutrauen, daß die Massen, wenn sie über einer Einzelfrage einmal erst in Bewegung kommen, dann auch von selbst durch die Logik der Dinge früher oder später auf das Klassenbewußtsein und auf den Trieb zur Eroberung der politischen Macht gedrängt werden. Es ist wichtig, auch bei den modernen Verhandlungen über die Stellung von Partei und Gewerkschaft sich dies

älteren Gedankengänge immer wieder klar zu machen. Sie können zeigen, wie für die Organisation der Arbeiterklasse überhaupt die gewerkschaftliche Organisation die gegebene Grund- und Urform ist, wie aber daraus mit Notwendigkeit die Folge sich ergibt, daß auch die Leitung der Gewerkschaften es nicht ablehnt, den politischen Fragen ihr Interesse zuzuwenden. Vielleicht nähern wir uns einer Zeit, wo auch die Zentralorganisation der Gewerkschaften um ihrer Selbsterhaltung willen eine eigene und selbständige Stellung zu den politischen Fragen des Tages zu nehmen sich gezwungen sehen wird.

Der Bergarbeiterverband hatte Ende Oktober d. J. 105 850 Mitglieder, gegen 105 060 Ende 1905 und 80 682 Ende 1904. Davon waren Mitglieder im Ruhrrevier Ende Oktober d. J. 79 800, Ende des Jahres 1905 79 659 und Ende 1904 56 738. Man kann die Entwicklung im ganzen als recht günstig bezeichnen. Bei Beurteilung der Zahlen des letzten Jahres muß berücksichtigt werden, daß der Verband in dieser Zeit eine horrende Beitragserhöhung vollzogen hat. Wenn es ihm gelang, trotzdem eine wenn auch geringe Mitgliederzunahme zu erzielen, so ist das ein gutes Zeichen für die Entwicklung unserer Gewerkschaften.

Aus den Gewerkschaften Spaniens. Auch die gewerkschaftliche Bewegung Spaniens macht Fortschritte. Namentlich vermindert sich die Mitgliederfluktuation immer mehr. Während früher im Jahre bis zu 10 000 Mann aus der Organisation wieder austraten, verzeichnet der gegenwärtige Bericht für das letzte Halbjahr nur 2000 Austritte bei einem Mitgliederstande von 84 537. Der Bericht spricht die Hoffnung aus, daß der Verlust an Mitgliedern immer geringer wird und daß die gegenwärtigen Mitglieder einen kraftvollen Kern bilden, der der Union zur Verwirklichung ihrer Ziele verhilft. Auf die Mitgliederbewegung haben natürlich die Streiks einen nicht geringen Einfluß. Für das Jahr 1905 ist für Spanien folgende Streikstatistik aufgestellt worden: Die Zahl der Streiks betrug 141, an denen zusammen 19 526 Personen beteiligt waren. Von diesen wurden 49 gewonnen, 47 gingen verloren, während 37 durch Vergleich beendet wurden und von 8 das Resultat unbekannt ist. Von den 141 Streiks wurden 59 um Lohnverhöhung geführt, in 36 Fällen um Verkürzung der Arbeitszeit, 12 um das Koalitionsrecht, in 2 Fällen um wöchentliche Lohnzahlung. 12 Streiks brachen aus, weil die Arbeitgeber die Verträge nicht innegehalten hatten, 4 weil Arbeiter ungerechterweise entlassen wurden, 4 um Abschaffung der Affordarbeit und 12 aus verletztem Ehrgefühl. Von den einzelnen Berufen waren am meisten beteiligt das Baugewerbe mit 28 Streiks und 8850 Personen; der Zahl der beteiligten Personen nach kommen an erster Stelle die Bergleute, welche 15 Streiks mit 5269 Personen durchführten. Es folgen sodann: Lebensmittelindustrie 12 Streiks mit 8199 Personen, Bekleidungsindustrie 17 Streiks mit 1954 Personen, die Tischler 21 mit 1112, Metallarbeiter 11 mit 715 usw. Schon die geringe Anzahl der Beteiligten zeigt, daß wir es hier fast nur noch mit handwerksmäßigen Betrieben zu tun haben.

Soziale Rechtspflege.

Gewerbliche Arbeiter und Kleinbauern.

□ Viele unserer Berufskollegen müssen sehr oft ihren Verwandten auf dem Lande, dem eigenen Vater, Bruder oder Onkel Auskunft in Unfallsachen geben. Es wird deshalb interessieren, daß der sogenannte „Bauernschub“ trotz Wucherzölle usw. in Deutschland miserabel ist.

Der Holzarbeiter wird deshalb seinen anfragenden Verwandten nicht die Bestimmungen des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes, sondern die des land- und forstwirtschaftlichen Unfallgesetzes erklären. Sehr oft wird da die Frage aufgeworfen: Von wann ab ist die Unfallrente zu zahlen? Der verletzte Holzarbeiter erhält in den ersten 13 Wochen des Unfalles Unterstützung aus der Krankenkasse, der er auf Grund seiner Beschäftigung als Mitglied angehören mußte. War er nur als Aushilfsarbeiter zum Beispiel für zwei bis drei Tage engagiert, so hat im Falle einer Verletzung der Arbeitgeber die Unterstützung in den ersten 13 Wochen selbst zu zahlen, da unständige Arbeiter leider von der Krankenversicherungspflicht ausgeschlossen sind. Von der fünften Unfallwoche ist das Krankengeld auf zwei Drittel des versicherten Wochenlohnes zu erhöhen. Ist nun die Verletzung in der siebten Unfallwoche geheilt, so fällt das Krankengeld fort und muß der verletzte Arbeiter gemäß § 18 des Gewerbeunfallgesetzes vom Tage der Erwerbsfähigkeit die Unfallrente erhalten, wenn erwerbsfähige Unfallfolgen zurückgeblieben sind. Darauf muß der gewerbliche Arbeiter sehr achten, da die Berufsgenossenschaft sehr leicht diese neuere Gesetzesbestimmung — „vergessen“ und kaltblütig die Rente ab vierzehnter Unfallwoche ansagen wird.

Der Kleinbauer braucht sich darüber keine Sorgen zu machen, denn er erhält seine Rente erst nach Ablauf der dreizehnten Unfallwoche, wenn er keiner Krankenkasse angehört! Nun sind in Deutschland die Kleinbauern nur gegen Unfall zwangsweise, jedoch nicht gegen Krankheit versichert. In dem Bundesstaat Preußen usw. sind sogar die landwirtschaftlichen Arbeiter nicht versicherungspflichtig, wenn die Gemeinden nicht durch Ortsstatut anders bestimmt haben. Die von den Junkern abhängigen Dorfgemeinden werden sich aber hüten, die Versicherungspflicht auszusprechen. Aber auch die große Mehrzahl der Kleinbauern sind wie auch die gewerblichen Arbeiter vor Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes nicht freiwillig Krankenkassen beigetreten.

Im Falle einer Verletzung muß daher der Kleinbauer wie bei jeder Krankheit auch den entfernt wohnenden Arzt auf seine Kosten kommen lassen und ihn als Privatpatient teuer genug bezahlen. Die Berufsgenossenschaften für die Landwirtschaft wünschen nun alle, daß auch der Kleinbauer gegen Krankheit versichert wäre, weil — gar viele Unfälle

schlecht geheilt werden, der teure Doktor aber nicht immer zur rechten Zeit gerufen wird. Trotzdem bekümmern sie sich nicht um den verletzten Bauer während der schwersten Zeit des Unfalls. Wird der verletzte Bauer nun in der achten Unfallwoche wieder arbeitsfähig, so weist ihn die Berufsgenossenschaft schon darauf hin, daß sie erst ab vierzehnte Unfallwoche Rente zu gewähren habe, weil ja mit der achten Woche kein Krankengeld in Wegfall gekommen sei, eine „Lücke“ also nicht bestehe. Sehr interessant ist deshalb ein Urteil, welches unlängst das Würzburger Schiedsgericht einem armen Kleinbauern gesprochen hat. Es heißt da: „Die Bestimmung in § 8 Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft gewährt eine Entschädigung im Regelfall erst vom Beginn der vierzehnten Woche nach Eintritt des Unfalls ab. Der § 15 a. a. D. statuiert wohl eine Ausnahme: Es ist dort gesagt, daß, wenn der aus der Krankenversicherung erwachsende „Anspruch auf Krankengeld“ vor dem Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Unfall weggefallen, aber bei dem Verletzten eine noch über die dreizehnte Woche hinaus andauernde Beschränkung der Erwerbsfähigkeit zurückgeblieben ist, die Genossenschaft dem Verletzten die Rente schon von dem Tage ab zu gewähren hat, an welchem der Anspruch auf Krankengeld in Wegfall kommt. Allein auf diese Ausnahmebestimmung kann sich der Kläger nicht berufen. Wie die Entstehungsgeschichte des § 15 lehrt und wie sich aus dem Wortlaut desselben ergibt, beschränkt sich diese Bestimmung nur auf die Fälle, in welchen ein gesetzlicher Anspruch auf Krankengeld besteht, und ist nicht anwendbar dort, wo ein solcher Anspruch nicht begründet ist.“

Der Kleinbauer ist also in dieser Frage viel schlechter gestellt als der gewerbliche Arbeiter. Noch größer ist aber sein Verlust, wenn er seine später — später zugesprochene Rente mit der eines Arbeiters vergleicht. Der Fabrikarbeiter erhält die Rente nach seinem Jahresverdienst, der Kleinbauer dagegen nach dem so niedrigen ortsüblichen Tagelohn landwirtschaftlicher Arbeiter berechnet. Ist der Jahresverdienst eines gewerblichen Arbeiters zum Beispiel 1200 Mark, so muß der Bauer in vielen Gegenden Deutschlands mit einem Jahresverdienst von 800 bis 400 Mk. zufrieden sein, erhält also meistens drei- bis viermal weniger Rente als der gewerbliche Arbeiter!

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ungetreuer Kassierer. Der Schreiner Hans Bihlmeier aus Virmannswelter, welcher als Kassierer der Zahlstelle Altensteig 46,95 Mk. unterschlagen und dem Kassierer Th. Brenner in Tübingen 98 Mk. entwendet hat, wurde von der Strafkammer des Landgerichts in Tübingen mit Rücksicht auf seine Vorstrafen zu einem Jahr und drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Technisches.

Neue Fachliteratur.

Schlafzimmern Möbel. Einfache bürgerliche Einrichtungen in moderner Stilart. Die Arbeiten sind hervorgegangen aus einem Wettbewerb, welchen die Königl. württembergische Zentralfabrik für Gewerbe und Handel veranstaltet hatte und deren hauptsächlichste Arbeiten sie nun zu einem Werke vereint herausgeben wird. Das Werk erscheint in 10 Hefen à 2 Mk., zusammen in Mappe 21 Mk., im Verlag der Buchhandlung von Otto Mater in Ravensburg. Mit dieser Publikation wurde ein bestimmter Zweck verfolgt, nämlich den ausübenden Schreincern sowie dem kaufenden Publikum in die handliche, geschmackvolle Schlafzimmern Möbel vorzuführen, zugleich aber auch dem gesundheitlichen Werte eines guten Schlafraumes mehr Beachtung zu verschaffen. Leider ist noch vielfach der Grundsatz vorherrschend, daß zum Schlafraum, in dem wir ein Drittel unseres Lebens zubringen, und zwar zu dem besonderen Zwecke der körperlichen Erholung durch den Schlaf, ein enges Kämmerlein genüge. Die besten Arbeiten aus diesem Wettbewerb werden auf 65 Tafeln vorgeführt und stellen teils komplette, teils geometrisch gezeichnete Schlafzimmereinrichtungen vor. Diese werden durch Schnitte und Maßangaben noch erläutert. Es ist somit ein leichtes Arbeiten nach diesen Zeichnungen möglich und den Schreincern in Stadt und Land ein reichhaltiges und brauchbares Material geboten. Die jetzt vorliegenden ersten drei Hefte bringen durchweg nette, praktische Entwürfe in stets abwechselnden modernen Formen, so daß die Durchsicht schon eine wahre Freude ist, denn darin findet auch der einfache Mann seinen bescheidenen Verhältnissen entsprechend etwas Passendes und leicht Ausführbares. Auch eignet sich das Werk als Mustervorlagen für Möbelfabrikanten, weshalb wir es nur bestens empfehlen können.

Eingefandt.

Zur Lage der Korbmacher.

Wie den Kollegen bekannt ist, haben sich in letzter Zeit die Korbmachermeister in verschiedenen Gegenden Deutschlands mit ihrer Lage respektive mit deren Verbesserung befaßt. Die Arbeitgeber lernten von ihren Arbeitern das Organisieren, denn es bestehen schon eine ganze Anzahl Arbeitgeberverbände im Korbmachergewerbe. Die jüngsten sind die „Vereinigungen selbständiger Korbmacher“ für Regierungsbezirk Merseburg und Großherzogtum Anhalt (siehe Nr. 40 und 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“) und der „Verband sächsischer Korbmachermeister“. Die Korbmachergehilfen in Sachsen haben sich bisher wenig gerührt; denn außer Dresden-Stadt und Leipzig-Gaußsch hat man noch nichts von Bewegungen der Korbmacher gehört. Hier in Sachsen sind die Arbeitgeber ihren Arbeitern zuvorgekommen, denn sie gründeten im Februar d. J. letztgenannten Verband auf einer Konferenz in Döbeln. Im August fand in Chemnitz die erste Generalversammlung statt. Auf dieser wurde beschlossen:

Einführung des Einheitsmaßes und Einheitsverkaufspreises der Dresdener Innung. Es sind auch die Lohnverhältnisse besprochen worden, und darum ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß auch der Dresdener Lohnarif als einheitlich sächsischer anerkannt wurde. Letzterer sowie Einheitsmaß und Verkaufspreis sind vom Vorsitzenden, Herrn Habenicht-Dresden, allen dem Verband angeschlossenen Meistern zugesandt worden. Folglich erwarteten die Gesellen mit Bestimmtheit, die Arbeitgeber würden ihren Verpflichtungen nachkommen und diese Maße und Löhne einführen. Bis dato ist nichts von alledem zu spüren. Pflicht der Gehilfen ist es nun, diese Sache in Fluß zu bringen!

Wäre es nicht möglich, eine Kommission zu beauftragen, mit dem Vorstand der Arbeitgeber zu verhandeln? Am geeignetsten wäre es, die Dresdener Kollegen nahmen sich der Sache an, da der Sitz des Meisterverbandes Dresden ist. Die erste Pflicht gedachter Kommission ist dann: Lohnarif, Einheitsmaß und eventuell Verkaufspreis an sämtlichen Zahlstellen Sachsens zu schicken, um die Kollegen der kleineren Orte zu unterrichten.

Achtung, Korfarbeiter.

In Nr. 46 der „Holzarbeiter-Zeitung“ gibt Kollege C. W. seinem Bedauern über die Interesslosigkeit der Korfarbeiter im allgemeinen und der vorhandenen Sektionen im speziellen Ausdruck. Leider können auch wir dem Kollegen nur zustimmen, denn wir haben es auch erfahren müssen, wie aus folgendem zu ersehen ist. Vor zirka drei Monaten haben wir an die Sektionen Breslau, Schwerin, Rastchau, Bielefeld, Hannover und Delmenhorst, um Fühlung untereinander zu bekommen, ein Schreiben gerichtet, in welchem wir den Vorschlag machten, gegenseitig zu korrespondieren, um über etwaige Lohnbewegungen und die betreffenden Arbeitsverhältnisse gegenseitig unterrichtet zu sein. Gleichzeitig ersuchten wir, Stellung zu nehmen zu dem Arbeitsnachweise, aber die Kollegen würdigten uns keiner Antwort, mit Ausnahme des Kollegen Goldewy aus Delmenhorst. In bezug auf Thüringen und Oldenburg sind auch wir der Ansicht, daß dort der Hebel angelegt werden muß, aber dann ist es auch Pflicht der Kollegen, denen die betreffenden Orte bekannt sind, dem Hauptvorstand die Orte bekannt zu geben, damit die Ortsverwaltungen agitatorisch eingreifen können. Der Bericht von der Warburg ist in unserer Sektion schon erörtert und werden wir unsere Maßnahmen danach treffen. In bezug auf die Anfrage des Kollegen C. W. teilen wir mit, daß die Sache noch auf demselben Fleck steht wie zu Anfang des Jahres, wo das Verhalten der Hamburger Kollegen wohl kritisiert wurde, aber keine Sektion sich zur Führung des Arbeitsnachweises bereit erklärt hat. Für uns gilt noch dasselbe, was wir schon zu Anfang des Jahres erklärt haben.

Hamburg.

A. K.

Ein Wort zur Drechslerbewegung.

Es ist in letzter Zeit einer Drechslerkonferenz viel das Wort geredet worden. Ich verspreche mir aber nicht viel davon. Ich halte es für angebrachter, auf den dritten Faktor in unserer Arbeiterbewegung mehr Wert zu legen, das heißt Produktiv- und Konsumgenossenschaften mehr zu fördern. Natürlich müssen die Gewerkschaften und Genossenschaften Hand in Hand gehen, und jedem organisierten Arbeiter müßte es eine Ehrenpflicht sein, die von seinen organisierten Arbeitsgenossen hergestellte Arbeit zu kaufen. Auf diese Weise würden wir nicht nur einen Generalfreist umgehen, sondern auch unsere Kapitalistendrohnen kaltstellen. Ich sage „könnten wir einen Generalfreist umgehen“, und das wäre doch für unsere gesamte Arbeiterbewegung nützlich. Dies wollte ich vor allem den Kollegen ans Herz legen.

Somburg a. Rh.

Fr. K.

Literarisches.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags in Mannheim ist soeben in der Buchhandlung Vorwärts zur Ausgabe gelangt. Die Verhandlungen haben in allen Kreisen der Arbeiterschaft das lebhafteste Interesse geweckt und sind die Referate Bebels und Legiens über den „politischen Massenstreik“, sowie die sich daran knüpfenden Debatten von außerordentlicher Wichtigkeit für jeden Parteigenossen und Gewerkschaftler. Lebhaftestes Interesse beanspruchen auch für alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Debatten über „Kokal“ oder „Zentral“-Gewerkschafts-Organisationen. Das Protokoll enthält ferner die Verhandlungen über: „Der internationale Kongress 1907“ — „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ — „Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“, ferner die Berichte des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, sowie die Verhandlungen der vierten Frauenkonferenz. Das 488 Seiten starke Protokoll kostet broschiert 1 Mk., in braunem Pappeband kartoniert 1,25 Mk., in dauerhaftem Leinwandband 1,50 Mk.

Herzberg, Wilhelm, Sozialdemokratie und Anarchismus. Ludwigshafen a. Rh., Gerisch & Co. 32 S. 20 Pf.

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig u. Wien.

Meyers Klassiker-Ausgaben.

Unübertroffene Korrektheit. — Schöne Ausstattung. — Eleganter Leinwandeinband.

Arnim, 1 Band, geb. . . . 2 Mk.	Körner, 2 Bände, geb. . . 4 Mk.
Brentano, 1 Band, geb. . . 2 „	Lenau, 2 Bände, geb. . . 4 „
Bürger, 1 Band, geb. . . . 2 „	Lessing, 5 Bände, geb. . 12 „
Chamisso, 2 Bände, geb. . 4 „	Ludwig, 3 Bände, geb. . . 6 „
Eichendorff, 2 Bde., geb. . 4 „	Novalis u. Fouqué, 1 Bd., geb. 2 „
Gellert, 1 Band, geb. . . . 2 „	Platen, 2 Bände, geb. . . 4 „
Goethe, 15 Bände, geb. . 30 „	Reuter, 5 Bände, geb. . . 10 „
Grillparzer, 5 Bde., geb. . 10 „	Rilckert, 2 Bände, geb. . 4 „
Haff, 4 Bände, geb. . . . 8 „	Schiller, 3 Bände, geb. . 16 „
Hebel, 4 Bände, geb. . . . 8 „	Schiller, 14 Bände, geb. 28 „
Heine, 7 Bände, geb. . . . 16 „	Shakespeare, 10 Bde. gb. 20 „
Herder, 5 Bände, geb. . . 10 „	Tieck, 3 Bände, geb. . . . 6 „
E. T. A. Hoffmann, 3 Bde., geb. . 6 „	Uhland, 2 Bände, geb. . . 4 „
Immermann, 5 Bde., geb. 10 „	Wieland, 4 Bände, geb. . . 8 „
H. v. Kleist, 5 Bände, geb. 10 „	

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Briefkasten.

* Wer liefert gepresste Waschmaschinenbeschlage? Wir bitten um Mitteilung. Leipzig, Modell- und Fabrikfischer und Behndel. Wehalb tragen die Briefe keine Unterschrift?

Deutscher Holzarbeiterverband.

Abrechnung für das erste Quartal 1906.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkass.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Beitrittsgeld von Einzelmitgliedern', 'Beiträge', 'Guthaben der Lokalkassen', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Für Reiseunterstützung', 'Arbeitslosenunterstutzung', 'Guthaben der Lokalkassen', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Für Strafsporto', 'Versicherungsbeitrage', 'Zeitungssubonnement', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Kosten des Schiffahrtsschutzkongresses', 'Nachtrag z. d. Kosten d. Klavierarbeiterkonferenz', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'An Zahlstellen gesandte Zuschusse', 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Mehreinnahme', etc.

Bilanz.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Bestand vom 4. Quartal 1905', 'Beitrittsgeld', 'Beiträge', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Reiseunterstützung', 'Arbeitslosenunterstutzung', 'Streikunterstutzung', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Unterstützung in Sterbefallen', 'Umzugsunterstutzung', 'Notfallunterstutzung', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Für die "Gleichheit"', 'Gehälter und Entschädigungen', 'Für Druck- und Buchbinderarbeiten', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Bei den Zahlstellen', 'Bei der Hauptkass.', 'Gesamteinnahme', 'Gesamtausgabe', etc.

Revidiert und für richtig befunden: Die Revisoren: G. Wuhler, Fr. Daniel, L. Lamparter.

Abrechnung für das zweite Quartal 1906.

Einnahme und Ausgabe der Hauptkass.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Beitrittsgeld von Einzelmitgliedern', 'Beiträge von Einzelmitgliedern', 'Guthaben der Lokalkassen', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Für Reiseunterstützung', 'Arbeitslosenunterstützung', 'Guthaben der Lokalkassen', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Für Strafsporto', 'Versicherungsbeitrage', 'Zeitungssubonnement', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Kosten des Schiffahrtsschutzkongresses', 'Nachtrag z. d. Kosten d. Klavierarbeiterkonferenz', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'An Zahlstellen gesandte Zuschusse', 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Mehrausgabe', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Bestand vom 1. Quartal 1906', 'Beitrittsgeld', 'Beiträge', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Sonstige Einnahmen', 'Bei den Zahlstellen', 'Bei der Hauptkass.', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Reiseunterstützung', 'Bei den Zahlstellen', 'Bei der Hauptkass.', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Arbeitslosenunterstützung', 'Bei den Zahlstellen', 'Bei der Hauptkass.', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Streikunterstützung', 'Guthaben der Lokalkassen', 'Kosten des Schiffahrtsschutzkongresses', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Nachtrag z. d. Kosten d. Klavierarbeiterkonferenz', 'Beitrag an die Generalkommission', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'An Zahlstellen gesandte Zuschusse', 'Einnahme', 'Ausgabe', 'Mehrausgabe', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Bestand vom 4. Quartal 1905', 'Beitrittsgeld', 'Beiträge', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Reiseunterstützung', 'Arbeitslosenunterstützung', 'Streikunterstützung', etc.

Table with columns for 'Einnahme' and 'Ausgabe'. Includes items like 'Unterstützung in Sterbefällen', 'Umzugsunterstutzung', 'Notfallunterstutzung', etc.

Zur Abrechnung. Die nunmehr vorliegenden beiden Abrechnungen für das erste und zweite Quartal 1906 zeigen in erster Linie das schon früher mitgeteilte erfreuliche Wachstum der Mitgliederzahl.

1. Quartal 1906.

Table with columns: Beruf, Klasse I (52 Beiträge = 86 Mart), Klasse II (104 Beiträge = 42 Mart), Klasse III (156 Beiträge = 48 Mart), Klasse IV (208 Beiträge = 64 Mart), Klasse V (260 Beiträge = 80 Mart), Insgesamt, Durchschnitt pro Empfänger Mart. Rows include various professions like Bütstempelmacher, Drechsler, etc.

2. Quartal 1906.

Table with columns: Beruf, Klasse I (52 Beiträge = 86 Mart), Klasse II (104 Beiträge = 42 Mart), Klasse III (156 Beiträge = 48 Mart), Klasse IV (208 Beiträge = 64 Mart), Klasse V (260 Beiträge = 80 Mart), Insgesamt, Durchschnitt pro Empfänger Mart. Rows include various professions like Bütstempelmacher, Drechsler, etc.

1. Quartal 1906.

Table with columns: Beruf, Klasse I (52 Beiträge = 86 Mart), Klasse II (104 Beiträge = 42 Mart), Klasse III (156 Beiträge = 48 Mart), Klasse IV (208 Beiträge = 64 Mart), Klasse V (260 Beiträge = 80 Mart), Insgesamt, Durchschnitt pro Empfänger Mart, Dauer der Arbeitslosigkeit der Unterfertigten (einwöchentlich der Starrenwoche). Rows include various professions like Bütstempelmacher, Drechsler, etc.

2. Quartal 1906.

Table with columns: Beruf, Klasse I (52 Beiträge = 86 Mart), Klasse II (104 Beiträge = 42 Mart), Klasse III (156 Beiträge = 48 Mart), Klasse IV (208 Beiträge = 64 Mart), Klasse V (260 Beiträge = 80 Mart), Insgesamt, Durchschnitt pro Empfänger Mart, Dauer der Arbeitslosigkeit der Unterfertigten (einwöchentlich der Starrenwoche). Rows include various professions like Bütstempelmacher, Drechsler, etc.

4522, in dem Halbjahr zusammen 14792 Mitglieder, gleich 11,4 Prozent. In dem ersten Halbjahr 1905 betrug die Zunahme 10655 Mitglieder oder 10,1 Prozent. Seit dem 1. Juli 1905, also innerhalb eines Jahres, hat sich die Mitgliederzahl um 28892 oder um 24,9 Prozent vermehrt.

Die Zahl der weiblichen Mitglieder ist seit 1. Juli 1905 von 932 auf 2868, also um 1936, gleich 207,7 Prozent gestiegen. Die Vermehrung betrug im ersten Quartal des laufenden Jahres 521 oder 28,9 Prozent, im zweiten Quartal 550 oder 23,7 Prozent.

Neu aufgenommen wurden im ersten Quartal 16327 männliche und 837 weibliche, zusammen 17164 Mitglieder (gegen 11702 im gleichen Quartal des Vorjahres), im zweiten Quartal 17111 männliche und 1081 weibliche, zusammen 18192 Mitglieder (gegen 16615 im zweiten Quartal 1905). Beide Aufnahmeziffern sind in keinem früheren Quartal seit Bestehen des Verbandes erreicht worden.

Der durch Austritt, Streichung, Todesfall usw. herbeigeführte Mitgliederverlust betrug im ersten Quartal 6894 oder 4,9 Prozent (gegen 8,6 Prozent im Vorjahr), im zweiten Quartal 13670 oder 9,4 Prozent (gegen 7,1 Prozent der gesamten Mitgliederzahl).

Die Summe der gezahlten Wochenbeiträge war im ersten Quartal 564852,50 Mk., im zweiten 575093,90 Mk., darunter 3672,90 Mk. respektive 4744,50 Mk. Beiträge weiblicher Mitglieder. Auf das einzelne männliche Mitglied entfallen durchschnittlich im ersten Quartal 4,06 Mk., gleich 89,2 Prozent (im Vorjahre 37,5 Prozent), im zweiten 4,01 Mk., gleich 88,1 Prozent (im Vorjahre 35 Prozent) des Vollbeitrags. Die weiblichen Mitglieder haben durchschnittlich 1,58 Mk. im ersten und 1,65 Mk. im zweiten Quartal, gleich 31,0 (77,6) resp. 34,6 (82) Prozent des Vollbeitrags entrichtet. Die Pünktlichkeit der Beitragszahlung hat sich also sowohl bei den männlichen als bei den weiblichen Mitgliedern gebessert.

Unter den Ausgaben sind die Unterfertigungen gegen die beiden Quartale des Vorjahres wie folgt gestiegen: die Reiseunterfertigung von 16283 resp. 30508 Mk. auf 17259 resp. 38311 Mk., Arbeitslosenunterfertigung von 100008 resp. 51832 Mk. auf 106382 resp. 77005 Mk., Streifenunterfertigung von 148949 resp. 214382 Mk. auf 183680 resp. 546283 Mk., Gemeindefestunterfertigung von 8637 resp. 6761 Mk. auf 14499 resp. 10157 Mk., Sterbegeld von 7442 resp. 8470 Mk. auf 7952 resp. 9849 Mk., Umzugsunterfertigung von 3766 resp. 6767 Mk. auf 5137 resp. 10110 Mk., Notfallunterfertigung von 1235 resp. 1675 Mk. auf 1880 resp. 1505 Mk., Rechtschutz von 5743 resp. 4414 Mk. auf 6029 resp. 4072 Mk.

Von der Reiseunterfertigung entfallen im ersten Quartal 1823 Mk., im zweiten 3902 Mk. auf die Aufenthaltsunterfertigung, welche an 1167 resp. 2552 Empfänger gewährt worden ist, und zwar an 133 resp. 406 je für drei Tage, an 290 resp. 588 je für zwei Tage und an 694 resp. 1608 je für einen Tag. Hiervon kommen auf Berlin 314 und 616, Breslau 22 und 25, Dresden 76 und 98, Hamburg 125 und 241, Köln 107 und 280, Leipzig 69 und 128, München 26 und 73, Bremen 6 und 4, Chemnitz 25 und 34, Düsseldorf 48 und 120, Oberfeld 52 und 77, Frankfurt a. M. 67 und 249, Halle 13 und 36, Hannover 43 und 81, Königsberg 3 und 1, Magdeburg 28 und 52, Nürnberg 86 und 226, Stettin 11 und 27, Straßburg 12 und 31, Stuttgart 49 und 153 Empfänger.

Wie die Reise- und Arbeitslosenunterfertigung und deren Empfänger sich auf die einzelnen Berufe und die nach der Mitgliedschaftsdauer eingeteilten Klassen verteilen, ist für beide Quartale in den beigefügten Tabellen übersichtlich dargestellt.

Die Bilanz der beiden Quartale schließt mit einer Mehrausgabe von 250503 Mk.; denn der Mehreinnahme von 42856 Mk. im ersten Quartal steht eine Mehrausgabe im zweiten Quartal von 293359 Mk. gegenüber. Diefelbe erklärt sich aus der gewaltigen Ausgabe für Streifenunterfertigung, welche in dem halben Jahre 729964 Mk. allein aus der Hauptkasse erforderte. Das ist fast die gleiche Summe, als im Vorjahre alle vier Quartale zusammen (760896 Mk.) aufgebraucht haben.

Der Klassenbestand ist demzufolge von 1031507 Mk. am 1. Juli 1905 auf 852578 Mk. am Schluß des zweiten Quartals 1906 gesunken.

Die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben der Lokalkassen in den beiden Quartalen siehe Seite 418.

Stuttgart, 24. November 1906. Der Verbandsvorstand.

Versammlungs-Anzeiger.

Eisenberg. Sonnabend den 8. Dezember, abends 8 Uhr, Versammlung im Altenburger Hof, kleiner Saal. Die Mitglieder werden ersucht, alle zu erscheinen.
Nienburg. Die Mitgliederversammlungen finden jeden zweiten Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, bei Gastwirt Gentel, Sinterstraße, statt.

Anzeigen.

Wiesbaden. Das Verzeichniss befindet sich im Gasthaus zum Deutschen Kaiser. Reiseunterstützung wird ausbezahlt durch den Kassierer Strinforb, Hauptstraße 135, abends 7-8 Uhr. Die nächste Versammlung findet am 24. November statt, dann alle vierzehn Tage. Weitere Auskunft hier am Orte erteilt der Bevollmächtigte Gd. Schmiedebind, Neue Straße 17.
Dortmund. Bevollmächtigter Peter Behr, Beckenstraße 7 II. Verberge und Verzeichniss bei Wirt Otto Steinhilber, I Kampstraße 78. Dasselbst Reiseunterstützung abends von 8-9 Uhr.
Frankfurt a. M. Arbeitsnachweis der Holzarbeiter im Gewerkschaftshaus, Stosstr. 18, 2. St. Telefon 1378. Stellenaussage jeden Freitag, vormittags von 9-10 und nachmittags von 3 1/2-4 Uhr. Dasselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung. Umschauen streng verboten.
Landberg am See. Bevollmächtigter Wilhelm Maack, Salzgasse 122. Kassierer Michel Wlyner, Gogelgasse 28. Bestenfalls zahlte Reiseunterstützung abends von 7-8 Uhr. Verberge und Verzeichniss im Gasthaus zum Schafbräu.
Mannheim. Arbeitsnachweis der Holzarbeiter im Bureau R 4, 6 part. Telefon 1849. Stellenaussage jeden Freitag vormittags von 9-10 Uhr und nachmittags von 4-5 1/2 Uhr. Dasselbst auch Auszahlung der Reiseunterstützung. Umschauen streng verboten.
Starnberg. Das Verzeichniss befindet sich bei Lorenz Friedinger zum Starnberger Hof. Dasselbst Reiseunterstützung mittags von 12-1 Uhr und abends von 6-7 Uhr. Umschauen verboten.
Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei Kollege Stiner, Schwalbacherstraße 7 I. St. I. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird bei Geuchel, Schulgasse 4, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonntagen mittags von 12-1 Uhr.

Tüchtiger Maschinenarbeiter für die Fräse und Walzengatter gesucht, sowie einige tüchtige **Tischler** für weisse und polierte Möbel, Spezialität Stegtische und Wachsstockausziehtische. **E. Roeder, Möbelfabrik Sferloh, Westfalen.**

Ein Maschinentischler zum Zureihen und zur Bedienung der Bandsäge für eine Weiszmöbelfabrik sofort gesucht durch **Verbands-Arbeitsnachweis Eisenbahn Katharinenstraße 4 part.**

Drechsler auf polierte Affordarbeit sofort gesucht. **M. Bauerdorf, Ostia i. Sachsen.**

Horn-Galanteriewarbeiter auf Salatbestecke für dauernde Arbeit bei guter Bezahlung gesucht. **Fr. Scherf, Nürnberg Rudolfstraße.**

Perfekte Stockarbeiter sucht sofort **G. Adolf Richter, Stockfabrik mit Kraftbetrieb, Magdeburg.**

Einen tüchtigen Celluloid-Graveur (Schnitzer) suchen **Leipziger Haarschmuck-Fabrik Leipzig-Plagwitz, Schmiedestraße 6.**

Perlmutterknopfmacher gesucht, 1-2, welche ausbohren können (elektrischer Betrieb), sowie einige tüchtige Drechsler finden sofort dauernde Stelle gegen guten Lohn. **Eckhardt & Co. Neu-Utenburg bei Frankfurt a. M.**

Gesucht auf sofort ein tüchtiger **Korbmacher** auf grün Geschlagen. **A. Severdt, Braunschweig Echternstraße.**

Suche sofort **2 Korbmacher**, Ballontörbe, nach dem neuausgearbeiteten Tarif. **H. Maag, Rieburg (Weser).**

Korbmacher auf Gestellarbeit und Geschlagene sucht sofort für dauernd. **Rud. Förster, Röttgsee-Thüringen.**

Einige Korbmacher finden noch dauernde Beschäftigung. **Calm & Ahlfeld, Rohrwarenfabrik Bernburg.**

2 tüchtige Korbmacher auf Rohrtörbe bei dauernder Winterarbeit gesucht. **H. Eiling, Rheine, Westfalen.**

Gestellarbeiter auf Sessel, Puddignöbel, bei dauernder, lohnender Beschäftigung gesucht. **Karl Hochherz Troisdorf b. Köln a. Rh.**

Gesucht auf gleich **10 Korbmacher** auf Gematt. **C. Ficke, Oldenburg i. Gr.**

Gesucht zwei tüchtige **Korbmacher** auf Geschlagen. Arbeit dauernd. **Jac. Kahle, Gießfeldt.**

Suche sofort oder später **2 tüchtige Korbmacher** auf geschlagene Arbeit. **Dr. Reinhold, Korbmacher Walschow i. M.**

Mehrere tüchtige Korbmacher auf Wasch- und Reiseförbe sofort gesucht. Kost auf Wunsch im Hause. Arbeit dauernd. **Wihl. Schulz, Versandgeschäft Bentzen a. Oder, Bez. Plegnit.**

Ein tüchtiger **Gestellarbeiter** und **1 Arbeiter** für Geschlagene und Ladenarbeit kann sofort eintreten. **Emil Merkle, Hofstet, Freiburg i. S.**

2 Korbmacher auf geschlagene und Gestellarbeit finden gegen guten Lohn dauernde Beschäftigung bei **J. Walterscheid, Wittenberge Bez. Potsdam, Wahrenbergerstr. 88.**

Einen Korbmacher auf Reiseförbe sucht **P. Mattern, Korbmachermeister Sand-Frankenber, Schlesien.**

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund gibt jungen intelligenten Arbeitern Gelegenheit, kostenfrei unsere ideale Kurzschrift zu erlernen. Interessenten richten unter Beifügung üblichen Portos ihre Adresse an **Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.** Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.

Alle Sorten Jagd-Luxuswaffen kauft man am besten, billigsten, unter dreijähriger Garantie, direkt von der **WAFEN-FABRIK Emil von Nordheim MEHLIS Th.** Hauptkatalog gratis und franko. Ansichtsendung, Teilzahlung an sichere Personen ist gestattet.

Zu verkaufen 25 Stücke fantiges **Wallnussholz** ca. 6 cbm à 210 Mark per cbm. Netto Kasse frei ab Bremen. Offerten unter **J. 7864** an **Herrn Wülker, Annoncen-Expedition, Bremen** erbeten.

Säbgererei **Korb- und Holzbandmalerie** lief. am billigsten sämtl. Werkz., Vorl., Holz usw. **J. Brendel, Magd. 95 (Pfalz).** Reichhalt. Katalog, o. über 2000 Abbildungen gegen 40 Pf. in Briefmarken franko. Laubsägeholz pr. qm v. 1 Mk. an.

Tischler-Fachschule Detmold Werkführer- und Technikerkurse Gesellige Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Tischler-Fachschule, Neustadt i. Meckl. Staatlich subv. Progr. kostenlos
Schreibbücher f. Holzarbeiter Katalog gratis und franko. **Joh. Sassenbach, Berlin 16.**

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.

Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Wir bitten, den Betrag bei der Bestellung mit einzusenden, in diesem Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erspart.

Jubiläums-Katalog von Paul Horn. Anleitung zum Polieren, Beizen, Mattieren, Lackieren usw. 130 Seiten. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk.

Der Schreiner von H. F. A. Stöckel. Elfte neubearbeitete und verbesserte Auflage von A. u. M. Graef. Textbuch mit 21 Abbildungen, 316 Seiten und Atlas mit 36 Tafeln. Preis broschiert 10,50 Mk., mit Porto 11 Mk.

Der Landtischler von A. Graef. Entwürfe zu einfachen Möbeln. Dritte, vollständig neubearbeitete Auflage. 28 Foliotafeln und 8 Werkstattzeichnungen in natürl. Grösse. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 8 Mk.

Tore, Türen, Fenster und Glasabschlüsse im Stile der Neuzeit, zum unmittelbaren Gebrauch für die Praxis. Von Paul Mühlau, Architekt. 30 Tafeln mit erklärendem Text. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Der Buchhaltungs-Meister von Paul Horn. Leichtfassliche und gründliche Anleitung zur Einrichtung einer geordneten Buchführung. Preis broschiert 1 Mk., mit Porto 1,10 Mk.

Moderne Bautischlerarbeiten von Ernst Scriba, Architekt. 24 Tafeln mit erläuterndem Text. Preis broschiert 6 Mk., mit Porto 6,30 Mk.

Der Möbeltischler von A. u. M. Graef. Sechstegänzlich neubearbeitete Auflage. 40 Foliotafeln mit erklärendem Text. In Mappe. Preis 10 Mk., m. Porto 10,50 Mk.

Das Beizen und Färben des Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen. Zweite Aufl. (Kleine Ausgabe.) 83 S. Preis broschiert 1,50 Mk., mit Porto 1,60 Mk. Vierte Aufl. (Grosse Ausgabe.) 154 S. Preis broschiert 2,50 Mk., mit Porto 2,60 Mk.

Der innere Ausbau. Umfassend Türen und Tore, Fenster und Fensterverschlüsse, Wand- und Deckenverfälsungen, Treppen in Holz, Stein und Eisen. Von Professor Adolf Opderbecke, Direktor der Anhaltischen Baugewerkschule zu Zerbst. Zweite Auflage. 214 S. Preis brosch. 5 Mk., mit Porto 5,30 Mk.

Die Expedition der Holzarb.-Ztg.

Porenfüller in Pulver D. R. P. angemeldet laut Gutachten der beste bisher existierende. **Lackfabrik C. Bratsch, Inhaber Krohn Reinickendorf-Berlin.** Gegründet 1866 Prämiiert Gewerbeausstellung Berlin.

Jeder Schreiner verlange umsonst Probe-Nr. der prakt. reichillustr. Fachzeitschrift **Südd. Möbel- u. Bauschreiner** Preis viertelj. nur Mk. 1.75 incl. Ausg. Verlag des Südd. Möbel- und Bauschreiner Stuttgart.



Paul Horn Fabrik chemischer Produkte Hamburg 23
Über die Eigenschaften und zweckmässigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten **Jubiläumskatalog**, ein Lehrbuch des Polierens, gibt mein **Jubiläumskatalog**, ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufsatz:
Jubiläums-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschließende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Rohnwachs, Salonmatt.
Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack.
Schleif- und Polieröl. Farbige Porenpulver.
Spiritusbeizen, Ambranitbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen.
Flintsteinpapier, Lederleime.
Polierspiritus usw. usw.
Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den **hervorragendsten Fachautoritäten** und der **gesamten Fachpresse** glänzend beurteilt worden. Preis Mk. 1.50.
Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.
Ferner empfehle:
Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattsprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung. Herausgeber Paul Horn, Hamburg. Preis gebunden Mk. 1.25, broschiert Mk. 1.—.
Zu beziehen vom Verlag H. Carly, Hamburg 1.

Verlag von Carl Klop in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.